



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

8. Jahrgang
Nr. 17 Juni/5 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

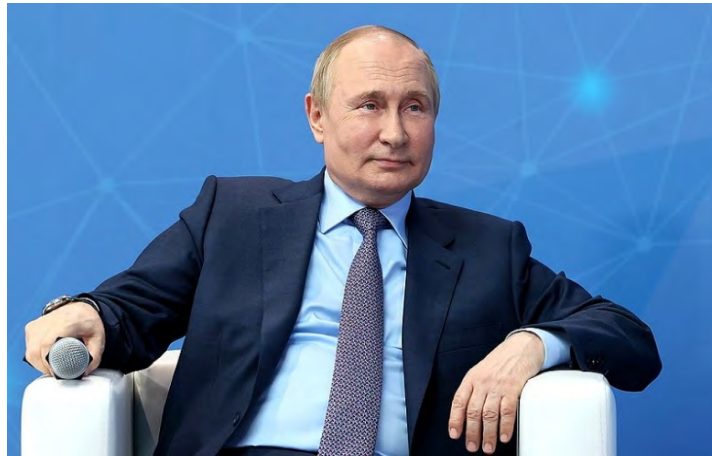
Lesermeinung:

Als alter Amerikaner lebe ich seit mehr als 65 Jahren in Europa und habe zu sagen, dass dieser Billy recht hat mit seiner Anklage gegen meine frühere Heimat die USA, für die ich mich schäme. Nach allem was ich als ehemaliges Mitglied der Amerikanischen Staatsverwaltung weiss, strebt Amerika wirklich nach der Weltherrschaft und arbeitet untergründig gegen Russland. Ausserdem hat sich Amerika schon in vielen Staaten breitgemacht, wodurch diese heute von den USA abhängig sind. Und dass Putin so lange gereizt wurde, bis er den Krieg in der Ukraine losbrechen liess, der jetzt durch den Kriegsverbrecher Selensky mit Geld und Waffen aus Amerika und auch aus anderen Staaten führen und immer länger werden lassen kann, das ist im Sinn Amerikas. Darum nämlich, weil dadurch Putin zermürbt werden soll, bis er aufgibt und Amerika Russland unter seine Kontrolle bringen kann. Und Selensky, der sein eigenes Volk betrügt und es durch Lügen im Krieg opfert, bekommt von allen jenen dummen Herrschaften der Staatsmächtigen und deren ebenso dummen Anhängern alles, was er wünscht und kann so seinen von Amerika gewollten Plänen folgen und die Soldaten ohne jedes Pardon in den Krieg jagen und sie töten lassen. Dadurch wird die Abneigung der Bevölkerungsteile, die nicht weit genug selbst denken können, zu Russlandfeinden wie die, die oben an der Macht hocken und noch dümmer sind und nicht merken, was eigentlich gespielt wird, nämlich dass dieser dumme und scheinheilige Selensky ein Betrüger und Kriegsverbrecher und Amerika der wahre Drahtzieher und Nutzniesser des Krieges in der Ukraine ist.
R.J.

(Name und Anschrift sind der FIGU bekannt, doch sollen diese aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden.

Präsident Putins Einsicht in die staatliche Souveränität ist lehrreich für alle Länder

uncut-news.ch, Juni 15, 2022



Auch wenn die Zweiteilung der Welt in souveräne Staaten und Kolonien nicht so eindeutig ist, wie manche meinen, so ist die Beobachtung von Präsident Putin doch eine äusserst zutreffende, wenn auch vereinfachte Art und Weise, den globalen systemischen Übergang zur Multipolarität zu verstehen. Die Länder werden entweder freiwillig Kolonien des US-geführten Westens bleiben oder dem Weg Chinas, Äthiopiens, Indiens, Irans, Venezuelas und anderer Länder folgen, um ihre Souveränität zu stärken.

Präsident Putin teilte Ende letzter Woche bei einem Treffen mit jungen Unternehmern im Vorfeld des Internationalen Wirtschaftsforums in Sankt Petersburg (SPIEF) einige wichtige Erkenntnisse über die staatliche Souveränität mit. In seinen Worten: «Es gibt kein Dazwischen, keinen Zwischenzustand: Entweder ist ein Land souverän, oder es ist eine Kolonie, egal wie die Kolonien heissen.» Der russische Staatschef führte aus, dass es mindestens vier Formen der Souveränität gibt: Militärisch-politische, wirtschaftliche, technologische und soziale. Zum letzten Punkt fügte er hinzu: «Ich spreche von der Fähigkeit der Gesellschaft, sich zusammenzuschliessen, um nationale Herausforderungen zu lösen, die Geschichte, die Kultur, die Sprache und alle Ethnien zu respektieren, die sich ein einziges Gebiet teilen. Diese Konsolidierung der Gesellschaft ist eine der Grundvoraussetzungen für Wachstum. Ohne Konsolidierung werden die Dinge auseinanderfallen.»

Der globale systemische Übergang zur Multipolarität hat sich nach dem Beginn der laufenden russischen Militäroperation in der Ukraine und der Verabschiedung der kontraproduktiven antirussischen Sanktionen des von den USA geführten Westens als Reaktion darauf in beispielloser Weise beschleunigt. Amerika hat seine schwindende unipolare Hegemonie über Europa erfolgreich bekräftigt, indem es seine Vasallenstaaten dazu zwang, ihren eigenen Volkswirtschaften massiven Schaden zuzufügen, indem sie seinen antirussischen Forderungen nachkamen. Keiner dieser Staaten sowie die nicht-westlichen Staaten wie Japan und Singapur, die ebenfalls diesem Beispiel folgten, können als souverän bezeichnet werden. Im Gegenteil, sie verkörpern die postmodernen Kolonien, die Präsident Putin in seiner Rede beschrieb, die nun erläutert werden soll.

Die Absicht ihrer Führungen, ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern, ist nichts anderes als eine unerklärte Unterwerfung unter die Pläne ihres amerikanischen Oberherrn, ihre Bevölkerung als Kanonenfutter in den Stellvertreterkriegen zu benutzen, die dieser im gesamten Globalen Süden, insbesondere in (West-) Afrika, während des gesamten Neuen Kalten Krieges zu provozieren gedenkt. Sie haben weder politische noch wirtschaftliche Souveränität, nachdem sie sich den antirussischen Sanktionen der USA unterworfen haben, während ihre technologische Wettbewerbsfähigkeit untergraben wird, je länger sie amerikanische Vasallenstaaten bleiben. Was ihre soziale Souveränität angeht, so haben diese Marionettenstaaten mit Ausnahme von Japan und Singapur keinerlei Respekt vor traditionellen Werten, die sie als «rassistisch» betrachten. Dies hat in den letzten zehn Jahren zu zahlreichen sozialen Unruhen geführt.

Im Gegensatz dazu ist die militärische Souveränität Russlands allseits bekannt, insbesondere nach der erfolgreichen Entwicklung von Hyperschallraketen. Auf politischer Ebene hat Präsident Putin deutlich gemacht, dass sein Land in Fragen von nationalem Interesse niemals Zugeständnisse machen wird, um jemand anderem zu gefallen. Die wirtschaftliche und technologische Souveränität seines Zivilisationsstaates ist solide, aber noch ausbaufähig, woran er auch aktiv arbeitet. Was die soziale Souveränität angeht, so ist Russland weltweit führend, wenn es darum geht zu zeigen, wie man traditionelle Werte im zeitgenössischen Kontext respektieren kann. Präsident Putins «populistischer Etatismus» und «gesunder/gemässiger/ver-

nünftiger Konservatismus» können zusammen als eine inoffizielle Ideologie bezeichnet werden, die auch andere Länder auf ihre Weise umsetzen können.

Von diesen vier Formen der Souveränität ist die soziale Dimension wohl die wichtigste, ohne die ein Land unweigerlich auseinanderfällt, genau wie der russische Führer warnte. Darin liegt die Bedeutung dessen, was man als «demokratische Sicherheit» bezeichnen kann, die sich auf Taktiken und Strategien gegen die hybride Kriegsführung bezieht. Sie sind je nach Land, in dem sie praktiziert werden, und je nach spezifischem Kontext massgeschneidert, aber alle diese Ansätze zielen darauf ab, die soziale Solidarität zu festigen, auf der wohlhabende und sichere Staaten aufgebaut sind, ohne die bunte Revolutionen viel leichter zu provozieren sind. Staaten können nur dann militärisch-politische, wirtschaftliche und technologische Souveränität erlangen, wenn ihre Gesellschaften stabil und umfassend vor Bedrohungen durch hybride Kriege geschützt sind.

Präsident Putins Einsicht ist für den Globalen Süden von immenser Bedeutung, zumal diese Länder im Laufe des Neuen Kalten Krieges zum Schauplatz unzähliger Stellvertreterkriege werden dürften. Obwohl einige von ihnen unter dem Druck der USA und des Westens in der UNO gegen Russland gestimmt haben, hat buchstäblich keiner von ihnen Sanktionen gegen Russland verhängt, was zeigt, dass sie alle daran interessiert sind, zumindest ein gewisses Mass an Souveränität zu behalten. Länder wie Äthiopien und Indien, die nicht gegen Russland gestimmt haben, sind nun Ziel verschiedener Druckkampagnen, obwohl sie sich beeindruckend gut behaupten und von ihrer prinzipiellen Neutralität gegenüber dem Ukraine-Konflikt kein Stück abgerückt sind. Das liegt daran, dass ihre Bevölkerung die Haltung ihrer Regierung unterstützt und ihre Gesellschaften trotz gewisser Bruchlinien weitgehend geeint bleiben.

Jeder Teil der Welt wird seine eigenen Führer haben, die allen anderen den optimalen Weg zur Stärkung ihrer Souveränität in den vier Dimensionen aufzeigen, die Präsident Putin in seiner Rede genannt hat. Nach Regionen geordnet sind dies: China in Ostasien; Vietnam in Südostasien; Indien in Südasien; Iran, Israel und die Türkei in Westasien; Äthiopien und Südafrika in Afrika; Ungarn und Serbien in Europa; und Brasilien, Kuba, Mexiko und Venezuela in Lateinamerika. Die Mittel, mit denen sie «Demokratische Sicherheit» praktizieren, unterscheiden sich aufgrund ihrer besonderen gesellschaftlichen Situation, aber sie alle streben danach, ihre gesellschaftliche Solidarität und damit ihre Souveränität zu stärken. Allerdings sind sie alle auf die eine oder andere Weise mit dem westlich geprägten Globalisierungsmodell verbunden, was wiederum ihre Souveränität einschränkt.

Russland hat an diesem System nie in vollem Umfang teilgenommen, weshalb es von den wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Sanktionen des Westens unter Führung der USA nicht allzu sehr betroffen ist. Das bedeutet, dass das Land vergleichsweise viel souveräner ist als die meisten anderen, obwohl es ungenau wäre, seine Partner, die enger in dieses Modell eingebunden sind, als «Kolonien» zu bezeichnen. Indien zum Beispiel strebt danach, eine Weltmacht zu werden, obwohl es zentral im westlich orientierten Globalisierungsmodell positioniert ist. Diese Beobachtung zeigt, dass eine angemessene Investitions- und Handelspolitik die neokolonialen Auswirkungen der Teilnahme an diesem System abmildern kann. Schliesslich ist China äusserst souverän, obwohl es ebenfalls in hohem Masse von diesem System profitiert, nachdem es der Welt gezeigt hat, wie es die USA in ihrem eigenen Globalisierungsspiel schlagen kann.

Letztendlich ist die Zweiteilung der Welt in souveräne Staaten und Kolonien zwar nicht so eindeutig, wie manche denken mögen, aber Präsident Putins Beobachtung ist dennoch eine äusserst zutreffende, wenn auch vereinfachte Art, den globalen systemischen Übergang zur Multipolarität zu verstehen. Die Länder werden entweder freiwillig Kolonien des US-geführten Westens bleiben oder dem Weg Chinas, Äthopiens, Indiens, Irans, Venezuelas und anderer Länder folgen, um ihre Souveränität zu stärken. Diejenigen, die sich für die zweite Option entscheiden, müssen jedoch eine robuste Politik der «demokratischen Sicherheit» betreiben, um den hybriden Kriegsplänen zuvorzukommen, die zur Strafe gegen sie entfesselt werden. Sie sollten auch weiterhin enger zusammenarbeiten, um ein nicht-westliches Globalisierungsmodell zu schaffen, das ihren Interessen angemessener ist.

QUELLE: PRESIDENT PUTIN'S INSIGHT INTO STATE SOVEREIGNTY IS INSTRUCTIVE FOR ALL COUNTRIES

ÜBERSETZUNG: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/praesident-putins-einsicht-in-die-staatliche-souveraenitaet-ist-lehrreich-fuer-alle-laender/>

Auszug aus dem 811. Kontaktbericht

Mittwoch, den 22. Juni 2022, 10.49 h

Quinto ... Dann will ich jetzt einiges erklären, wonach ich weggehe und zurück nach Erra muss. Meine Arbeit ist hier auf der Erde beendet, die auch mit Nachforschungen früherer Monate, Wochen und Tage verbunden war. Alle diese haben sehr unerfreuliche und gar erschreckende Erkenntnisse gebracht, die aufweisen, dass das Gros der Personen, die als führende Kräfte der Staaten in den höchsten Positionen weilen, wie auch die Nebenführenden und die Beratenden, ihres Amtes in grossem Masse unfähig sind, was auch auf das Gros der Staatsführenden deines Heimatlandes zutrifft, was leider zu erwähnen ist.

Wie ich in Zusammenarbeit mit ... in der Zeit der Vergangenheit, Zukunft und Gegenwart monatelang, wochenlang und über die Tage meines Hierseins auf der Erde ergründete, sind vielfach Führende verschiedener Staaten finanzielle Nutzniesser ihrer Korruption, wie dies z.Z. in sehr grossem Masse im kriegsbedingten Staat Ukraine der Fall ist, wo die Korruption effectiv ungehemmt Blüten treibt. Auch gehört der Präsident Selensky selbst zu den Korrupteuren und bereichert sich, obwohl er lügt und behauptet, dass er sich ernsthaft bemühe, die Korruption im Staat zu bekämpfen.

In allen waffenherstellenden, wie auch waffenverkaufenden und waffenkaufenden Staaten der Erde haben wir festgestellt, dass die wohl korruptesten Behörden die der Verteidigungsministerien sind. Dies wie allerdings teils auch schwere Korruption, Betrug und Diebstahl in anderen Ämtern vorherrschen, wie aber auch auf geschäftlichen Ebenen und in Organisationen aller Art, wie namhaften und weltbekannten Hilfsorganisationen und Gesundheitsorganisationen, bei Bündnissen, so aber auch in Gesellschaften, Clubs, Vereinen und Gemeinschaften usw. Sehr vieles ist auf Lug und Betrug aufgebaut, und sehr viele Personen an der Spitze der Führungen bereichern sich finanziell und sachmässig am Eigentum der Staaten, der vielfältigen und weltbekannten Organisationen aller Art, den Clubs, den Bündnissen, Gesellschaften, Vereinen und Gemeinschaften usw.

Bei der Politik wird in allen irdischen Staaten vom Gros der Führungen, den Hilfsführenden und Beratenden derart gelogen und betrogen, dass der effectiven Wahrheit keinerlei Chance gewährt wird, jemals an die Öffentlichkeit und also zum Wissen des Volkes zu gelangen. Dasselbe ergibt sich auch durch die öffentlichen Medien, die derart ungehemmt Lug und Trug verbreiten, dass die effective Wahrheit völlig verfälscht wird. Dadurch werden die Menschen gewissenlos in die Irre getrieben und ergreifen Partei für kriminelle und verbrecherische Elemente, wie z.B. für den Präsidenten der Ukraine, Selensky, der es fertigbrachte, die Führenden vieler Staaten schnell einzulullen und als Waffenlieferer zu gewinnen, um so den Krieg in der Ukraine lange und immer länger fortzuführen. Wahrheitlich sind die Staatsführenden all jener Staaten sehr dumm, die Waffen nach der Ukraine liefern und damit das Töten und Morden fördern sowie den Krieg in die Länge ziehen, was viele Menschenleben kostet. In ihrer Dummheit und Verantwortungslosigkeit erkennen sie nicht, dass dieser Mann Selensky sie nach seinem und der USA Willen dirigiert und sie eigentlich nicht mehr die Staatsführenden ihres Staates sind, sondern die Lakaien der USA und vor allem dieses Selensky, der sie durch Lügen und Betrugerei irreführt. Diese Tatsache führte mich dazu, mit ... zusammen den Ursprung des Ganzen zu ergründen, das letztendlich zum Kriegsdesaster in der Ukraine geführt hat. Über Abklärungen, die wir in der Vergangenheit über ein Jahr und über die Monate und Wochen, wie auch in der Gegenwartszeit durchgeführt haben, hat sich erwiesen, dass grundsätzlich die USA und deren Dunkelstaatsführung sowie der Präsident der Ukraine, Selensky, die Grundurheber des bösen Ukrainekrieges sind, während Russland resp. Putin die Nerven und Geduld verlor, folglich er deswegen den Krieg losbrechen liess. Etwas, das wir allerdings als Verbrechen beurteilen, wie jede kriegerische Handlung. Der Ukrainekrieg wird jedoch durch die Medien mit einseitigen Falschmeldungen, Lügen und Betrugsnachrichten sowohl in den Anliegerstaaten, wie auch in der ganzen Welt verbreitet, und zwar derart, dass die Kriegsverbrechen der ukrainischen Armee ebenso verschwiegen werden, wie die Machenschaften und Kriegsverbrechen fremder Söldner und Abenteurer aus vielen fremden Staaten, wie auch aus der Ukraine selbst und aus Russland. Wie wir, ... und ich, beobachten konnten, wurden von Söldnern, die wahrheitlich alle leidenschaftliche und ausgeartete sowie abgebrühte Mörder sind, Flüchtlinge und deren Fahrzeuge mit erbeuteten russischen Waffen beschossen und die Menschen getötet – Frauen, Männer und Kinder. Dies wurde jedoch später durch Lügenbehauptungen dem Russenmilitär angelastet. Diese ausgearteten Menschen kennen keine Gefühle der Reue, der Schande und der Schuld, denn wahrheitlich sind sie viel schlimmer als ausgeartete wilde Tiere, die bei euch Maneater genannt werden.

Wie ... und ich in der Vergangenheit ergründet haben, ist die fehlgeleitete Politik der USA und deren Dunkelführung sowie des herrschsüchtigen und verlogenen sowie weltbetrügenden Selensky schuldig am ganzen Desaster. Diese haben wahrheitlich die Krise und den Krieg in der Ukraine verursacht, denn sie haben alles getan, um diesen bewusst herbeizuführen. Tatsächlich sind sie die Schuldigen, nicht Putin, obwohl das, was er getan hat, nämlich den Krieg auszulösen, ein Verbrechen ist, das viele Menschenleben kostet. Jetzt ist es gar so weit gekommen, dass die Welt durch die Schuld der USA und Selenskys gar einen Atomkrieg riskieren muss – und das droht wirklich. Die USA mit ihrer Dunkelführung und Selensky haben alles gegen Russland getan, um die Verursachung des Krieges in der Ukraine zu schaffen. Es war und ist nicht genug damit, dass die USA seit alters her darauf tendieren, dass die ganze Welt, die Geschäftswelt und Industrie sowie die Völker usw. sich gegen Russland stellen und weiterhin verschwören, damit dieses dem Bankrott verfallen soll. Ausserdem ist es schon seit Jahren der Fall, dass die USA verschiedene Staaten Europas untergründig beherrschen, ohne dass deren Staatsführende und die Völker dies realisieren. Die USA betreiben schon seit sehr langer Zeit ein schleichendes Engagement in den verschiedensten Staaten der Welt, um sie gegen Russland aufsässig zu machen und als Kriegsbefürworter und Russlandhassende zu gewinnen. Krieg ist jedoch niemals die Lösung, um gegen den Staat Russland vorzugehen, wie auch nicht, um durch

Herrschaftssucht, Hass, Lügen und Betrug den von den USA angeblich gewünschten Frieden herbeizuführen.

Billy Diplomatische Gespräche, die der Logik, Verstand und Vernunft trüchtig sind, wie ehrliche Freundschaft und Zusammenarbeit ohne Herrschenwollenallüren, bringen wirklich in vollem Umfang eine effektiv funktionierende Koexistenz resp. ein Streitloses Nebeneinanderbestehen. Es wird von den USA aber seit alters her genau das Falsche getan, denn mit Weltherrschaftssucht, Feindschaft, Hass, Lügen, Betrug und Krieg wird niemals Frieden entstehen. Dies erst recht nicht damit, dass verrückte Regierende Waffen an die Ukraine liefern und den Krieg so lange wie möglich in die Länge ziehen und dabei auch gleichgesinnte Teile der Bevölkerungen damit einverstanden sind. Dass dadurch jedoch viele Menschen sterben, daran denkt niemand von all denen, die Waffen liefern oder einfach einverstanden sind damit. Das betrifft auch viel Geld in jeweils Millionenhöhe, das für den Krieg gespendet wird, denn auch dadurch können Waffen und Munition erstanden werden, mit denen wieder getötet und gemordet wird.

Quinto Die Leugnung und Verdrehung der Wahrheit ist das Metier der USA, denn sie wollen nur Kampf und Krieg, wofür sie geheimerweise auch ständig neue Waffen ersinnen und diese an speziellen Orten testen, wobei die Geheimdienste der USA massgebend beteiligt sind, wie wir feststellten. Davon weiss die amerikanische Öffentlichkeit nichts, denn diesbezüglich wird alles derart geheimgehalten, dass nichts davon bekannt wird, wie auch viele andere Staaten das tun, weil sie in der einen oder andern Weise von den USA abhängig sind, was natürlich nicht offen zugegeben wird. Dies, wie auch in der Ukraine von allen Parteien, also sowohl vom ukrainischen und russischen Militär, wie auch von den ständig auf das Töten bedachten Söldnern und Mordabenteurern sexuelle Übergriffe und also Vergewaltigungen zur Tagesordnung gehören, was aber gefliessenlich nur dem Feind angelastet wird.

Billy Das ist mir wohlbekannt. Schon zu Zeiten als ich mit Sfath zusammen war, in den 1940er Jahren und anfangs der 1950er Jahre, da werkelten während des Krieges die Amis an der Atombombe herum und führten Tests in der Wüste von Nevada aus, wovon ich einen mit Sfath zusammen beobachten konnte. Sfath sagte damals, dass die Amis ihr Wissen von Deutschen hatten, wie auch anderes Wissen von Deutschen war, z.B. vom von Braun. Noch heute höre ich Sfath, als er mit deutschen Ingenieuren sprach, als es um deutsche grosse Waffen und Maschinen ging, die von den Amerikanern nachgebaut und getestet wurden, wie ich z.B. mit Sfath zusammen auch eine in NAZI-Deutschland sah. Es war ein Riesending mit einem sehr langen Kanonenrohr, das auch für die Schweiz hätte gefährlich werden können, denn wie Sfath damals sagte, hatte das Geschütz eine enorme Schussreichweite. Hätte damals die Schweiz die Neutralität so ramponiert, wie das durch blöde Taugenichtsköpfe der Regierung in Bern getan wurde, indem sie Sanktionen von der EU-Diktatur übernommen und gegen Russland angewandt haben, dann wären die NAZIs damals sicher in die Schweiz einmarschiert. Heute sind dadurch, dass die Neutralität von Dummen der Regierung lädiert wurde, viele Staaten gegen die Schweiz zu Feindländern geworden (Anm. Billy: Auch die sogenannte neutrale Schweiz, die Sanktionen von der EU-Diktatur gegen Russland übernahm und umsetzte.) Meines Erachtens wäre es notwendig, dass Leute, die in die Regierung gewählt werden, auf ihr Wissen geprüft werden, besonders darauf, was sich auf das Wichtige des Nationalen bezieht, wozu eben die Neutralität gehört. Zwar bin ich nicht gerade ein Hirsch bezüglich dieser Dinge, doch wenigstens weiss ich, dass ich mich als neutral verhaltender Mensch weder in etwas einmischen noch etwas an der Neutralität herumschrauben und an dieser etwas verändern darf. Wenn ich mich aber in etwas einmischen soll, weil ich explizit danach gefragt werde, dann darf ich infolge des Einhaltens der Neutralität mich nur in einer neutralen Form der Ratgebung damit beschäftigen. Was dabei dann aber noch sehr wichtig ist, das bezieht sich darauf, dass ich die Fakten der Wirklichkeit und deren effektive Wahrheit beachte und mir niemals eine eigene Meinung, und schon gar nicht einen Glauben bezüglich des Ganzen bilde, wie ich mich auch nicht überreden lasse, was ich «überschnorren» nenne, um etwas zu tun oder zu sagen, was nicht der völlig neutralen Logik, dem Verstand und der Vernunft entspricht.

Quinto Das weiss ich, denn dein Neutralitätsdenken ist mir bekannt ...

Billy ...

Quinto Dann will ich weiterfahren mit dem, was ich zu sagen habe. – Nun, wir waren mit unserem Gespräch bei der Neutralität. Zu sagen ist dazu, dass sich auch Russland nun in gewisser Weise von der Schweiz distanziert hat. Durch den unvernünftig und verräterisch begangenen Bruch der Neutralität durch die Staatsführung der Schweiz mit dem Übernehmen und der Anwendung der Sanktionen aus der Europäischen Union, das kommt einem Verrat gleich, den Russland nicht einfach hinnehmen kann, wie andere Staaten auch nicht. Was ich aber weiter zu den USA zu sagen habe, das ist folgendes: Wir, ... und ich, haben während den Aufhalten in der Vergangenheit festgestellt, dass auch mit einem 2015 geführten

NATO-Manöver an der russischen Grenze – obwohl in den 1990er Jahren in München versprochen wurde, dass niemals eine Osterweiterung der NATO erfolge –, kurz nach dem Versprechen der Nichterweiterung der NATO-Grenze nach Osten, dieses gebrochen wurde. Amerika hat nämlich Truppen in den Regionen der Oststaaten stationiert, um Russland staatsgebietsmässig näherzurücken und dieses abzuschrecken. Natürlich hat die NATO – die im Hintergrund wahrheitlich von Amerika dirigiert wird – auch ihre Präsenz an den Ostgrenzen von Polen sowie in den Baltischen Staaten an den Grenzen zu Russland verstärkt.

Seit nun nahezu 200 Jahren, als die Formulierung der Monroe-Doktrin 1823 gemacht wurde, erheben die USA Sicherheitsansprüche der Staaten, die praktisch über die gesamte westliche Hemisphäre reichen. Jedem Staat, der eigene militärische Kräfte in der Nähe von US-Territorien in der westlichen Hemisphäre stationiert, ist bekannt, dass damit die eigene Sicherheit gefährdet wird, denn es würde damit etwas gemacht, was den USA nicht gefällt und das überschreitet, was von Amerika bezweckt wird. Die Mächte der USA – die reguläre und die dunkelmässige – leben mit der Überzeugung und dem Wahn, dass jegliche fremde militärische Armee, und folglich jede Stationierung in der Nähe ihrer eigenen Streitkräfte, ein potentieller Gegner sei. Eine Überzeugung, die der Eckpfeiler der Aussen- und Militärpolitik der USA ist, derzufolge eine Stationierung von Militärs in der Nähe von Militärbasen der USA in anderen Staaten sofort als Verletzung ihrer «Staatsicherheit» ausgelegt und als Feindschaft und Kriegsgrund betrachtet wird.

Geht es jedoch um Russland, dann ist es so, dass die USA und die – man muss schon sagen, **ihre** – NATO jahrzehntelang genau gegen den Grundsatz verstossen haben, nämlich gegen die Form «Russland nicht zu provozieren»; dies, indem durch die Missachtung derart missgehandelt wurde, dass die USA mit dem Militär und der NATO in dieser Weise doch gegen Russland agierten. Also haben sie durch ihr Vordringen in die Baltischen Staaten und ihr Stationieren ihrer Streitkräfte an den Grenzen von Russland ihr Vordringen immer weiter vorangetrieben und sich auf Russland zubewegt. Dass dabei geflissentlich «übersehen» wurde, dass die russische Führung diesen Vormarsch beobachtet und wahrgenommen und zu allem geschwiegen hat, dieser Aspekt wurde einfach locker hingegenommen. Hätte allerdings Russland das gleiche getan wie die USA, dann hätten diese Massnahmen ergriffen, die auf ihrem Erweiterungsterritorium ihre Streitkräfte in kriegerischen Zustand versetzt hätten, folglich also ein Krieg hätte losbrechen können, der als defensive Reaktion auf das militärische Eindringen der russischen Macht erklärt worden wäre.

Wenn nun bezüglich des Ursprungs des Krieges in der Ukraine alles genau betrachtet wird, dann ist der Einmarsch Russlands in die Ukraine nicht ein Racheakt Putins, sondern die verlogenen und friedensstörenden militärischen und politischen Machenschaften der USA in den Oststaaten und durch deren Bemühen, durch Lügen und Versprechensbruch, die NATO-Osterweiterung in der Ukraine an die Grenzen Russlands zu treiben, und zwar haben diese während der Zeit der 1990er Jahre schon sehr früh mit der Vorbereitung begonnen, jedoch bis zum Jahr 2022 im Blickfeld gehalten, um dann loszuschlagen. Da kam das Debakel des Amerikafreundes und Mächtetern-Herrschers Selensky gerade recht und gelegen, die Ukraine der NATO und der EU-Diktatur anschliessen zu wollen, wogegen natürlich Russland zwangsläufig intervenierte. Das führte schlussendlich dazu, dass langsam alles ausuferte, als Amerika mit dem senilen Präsidenten Biden an der Spitze – und im Hintergrund natürlich die 1787 ins Leben gerufene Dunkelregierung, die ihn heimlich dirigiert – alles in die Länge zog, und zwar immer länger und länger, bis Putin die Geduld verlor und mit dem Krieg gegen die Ukraine losschlug. Das soll allerdings keine Entschuldigung für Russland und Putin sein, denn Krieg ist immer falsch, kriminell und verbrecherisch, folglich dieser nicht gutgeheissen werden kann. Es soll einfach deshalb genannt werden, weil dieser Krieg der Grund dafür ist, dass Biden mit seiner ihm sowie die eigentlichen regierungsamtlichen USA-Politiker heimlich lenkende Dunkelregierung alles derart hinausgezögert haben, um das Richtige zu tun, nämlich die Absichten des Selensky zu nehmen, um den Krieg wider Russland provozieren zu können. Selensky selbst ist gewissenlos und gewillt die ukrainischen Soldaten bis zum letzten Mann in den Tod zu jagen, wenn er dadurch nur seine Position des Präsidenten halten und seine von den USA eingehauchten Pläne verwirklichen kann. Er hat bisher das erreicht, was er wollte und was Amerika fordert, nämlich, dass er sich durch sein Waffenbetteln die Staatsführenden diverser Staaten hörig machen konnte, wodurch er heute die eigentliche Führerschaft dieser Staatsführenden hat, die exakt das machen, was er will und fordert, Waffen aller Art zu liefern wie auch Finanzen, die in die Millionen und Milliardenbeträge gehen. Allen voran stehen natürlich die USA, die daran interessiert sind, dass Russland durch Waffengewalt, wie auch anderweitig geschädigt und zum Verlierer wird.

Der angebliche ungezügelter Expansionismus Putins ist eine Lüge, denn er ist sich vollauf bewusst, dass ein solcher unmöglich ist und nur durch einen Krieg durchzuführen und zu gewinnen wäre, der weit darüber hinausginge, was Russland in jeder Weise aufbringen könnte. Die ihm ebenfalls angedichtete angebliche Böswilligkeit als russischer Staatsführer ist nicht mehr, als eine moralisch-gewalttätige und zerstörerische Reaktionsbehauptung, die auf die fehlgeleitete Politik der USA zurückführt, wie dies im NAZI-Reich durch die NAZIs schon geschehen ist und den 3. Weltkrieg und damit die weltweite Feindschaft und Verfolgung der Judengläubigen sowie deren Massenermordung ausgelöst hat. Was also Amerika nach dem System provoziert, wie es die NAZIs erdacht und gegen die Juden angewandt haben, das äffen nun die USA schamlos, hemmungslos und mit allen möglichen Intrigen nach, nur dass es diesmal nicht gegen ein Volk geht, das einer bestimmten Religion angehört und für religiöse Einbildungen haftbar gemacht wird, sondern

gegen einen Staat und dessen Völker, die die Amerikaner seit ihrem Bestehen als USA in ihre Weltherrschaftssucht einverleiben wollen. Auch hier spielt ein Hass mit, der, wie beim Judenhass, der noch heute gegen die Juden existiert und ...

Billy ... der tatsächlich nicht aufgehört hat zu existieren und trotz allem, was geschehen ist, noch weltweit irre und wirre sowie verrückte Anhänger hat, besonders NAZI-Gruppierungen und extreme judenfeindliche Gruppen, die nicht einmal wissen, warum und wann der Judenhass wirklich entstanden ist. Die Judenfeindschaft entstand schon in der Antike und grassierte auch im Mittelalter, wobei die Wurzeln dazu im frühen Christentum aus dem christlichen Glauben hervorgingen, die durch die frühen Christen gepflanzt wurden. Der Urgrund war der, dass ein Hass entstand, der immer mehr um sich griff, der darauf beruhte, dass Jmmanuel – eben Jesus, wie er fälschlich genannt wird, obwohl er nie diesen Namen getragen hat – ans Kreuz geschlagen wurde resp. die Juden die Kreuzigung Christi veranlassten. Dadurch wurden die Juden als «Gottesmörder» beschimpft, verfolgt und gemeuchelt, was im 3. Weltkrieg zum Massenmord an ihnen geführt und Millionen von Judengläubigen das Leben gekostet hat. Der Hass hat sich verrückterweise bis heute erhalten, obwohl kein einziger jüdischgläubiger Mensch an der Kreuzigung Jmmanuels beteiligt war. Jmmanuel wurde nicht von irgendwelchen Judengläubigen gekreuzigt, sondern allein von Römern, die ihn wahrheitlich hinrichteten, weil er gegen ihre Religion wettete, den Glauben des «polytheistischen Universalismus». Jmmanuel lehrte die «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», die für die Römer zerstörerisch war und Jmmanuel deshalb als Staatsfeind galt. Das ist die wirkliche Wahrheit, die nun doch einmal gesagt werden muss, denn wahrheitlich war der polytheistische Universalismus der Grund, dass die Römer ihr Imperium über die ganze damals bekannte Welt ausbreiten konnten. Jmmanuel war für das Weiterbestehen der römischen Religion und das Expandieren des Römischen Reiches eine Gefahr, weshalb er gesucht, gejagt und letztendlich gekreuzigt wurde, folglich also die Juden überhaupt nichts mit allem zu tun hatten. Alles war von allem Anfang an nichts anderes als eine böse Erfindung der frühen Christen, die alles frei erfanden und den Juden zuschrieben, deren Vordere, die Hohenpriester usw., natürlich auch gegen die Lehre von Jmmanuel waren und ihn hassten, bei dem obersten Römer klagten und Gehör fanden, weil er die Juden für alles verantwortlich machen konnte. Der wahre Grund der Verfolgung und der Kreuzigung jedoch war die römische Religion, die Jmmanuel angriff und dagegen mit der Lehre der Wahrheit rebellierte.

Dass beim Ganzen die frühen Christen davon redeten, dass die Juden «Gottesmörder» seien, das war wohl der grösste Witz der frühen Christen, denn da fragt sich doch, ob diese bei Sinnen und normal waren, denn wie konnte ein Gott – auch ein angeblich menschengewordener – von Menschen getötet werden, da doch angeblich die «Allmächtigkeit» in ihm gegeben ist und er sich nicht durch Mord opfern muss, um glaubwürdig zu werden. Eine solche Ansicht und Behauptung ist typisch irr-menschlich – und primitiver und blödsinniger geht es wohl nicht. Nichtsdestotrotz – und da fragt sich wie blöd, dumm und dämlich eigentlich ein Mensch sein muss, dass er eine solche erlogene und dazu noch religiöse Schwachsinnsgeschichte überhaupt glaubt – verbreitete sich weltweit der Judenhass, und zwar nicht nur bei den Christen, sondern auch bei den Islamgläubigen, also bei den Moslems, wie auch bei anderen Verrückten. Besonders mit der Christianisierung in Europa verbreitete sich im Mittelalter die Judenfeindlichkeit. Speziell ab dem 13. Jahrhundert kam es zur Ermordung, Austreibung und Verfolgung der Juden, was seinen Höhepunkt im 3. Weltkrieg durch die Nazis erreichte, wie auch durch die erlogenen «Protokolle der Weisen von Zion». Seit damals hat sich jedoch das Ganze des Judenhasses in der Weise geändert, dass nicht mehr direkt der Glaube und die Religion der Angriffspunkt des Antisemitismus resp. der antijüdischen Feindschaft sind, sondern mehr die Herkunft des Judenmenschen.

Es ist einfach unglaublich, wie blöd, dumm und dämlich Erdlinge sein können, dass sie um ihres Glaubens willen, wie aber auch, weil sie herrschaftssüchtig sind, und gar die Welt mit Haut und Haaren fressen wollen, wie die USA glauben, das tun zu können, töten, morden, hassen und gar Kriege und Zerstörung von der Latte brechen können.

Quinto Das ist leider tatsächlich so, denn so alt wie die Erdenmenschen werden, lernen sie weder wahre Logik zu entwickeln, noch ihren Verstand zu nutzen und der wahren Vernunft fähig zu werden, folglich sie wohl körperlich erwachsen, jedoch in ihrem Intelligenzium unerwachsen und armselig bleiben. Das ergibt sich auch bezüglich der Politik, die von kindischen Beschlüssen, Handlungsweisen, Unlogik, Unverstand und Verantwortungslosigkeit usw. sehr oft derart strotzt, dass das Ganze wie ein Wunder erscheint, dass es dabei irgendwie doch noch zu Wirkungen kommt, die, wenn auch unwertig, noch akzeptiert sein können. Das ist seit jeher so, weshalb auch das Ganze der USA gegen Russland seit alters her immer feindschaftlich geblieben ist; insbesondere darum, weil der Staat Russland stets eine Stärke an den Tag legte, die Amerika selbst nie aufbrachte und auch heute nicht aufbringt. Das ist auch der Grund dafür, weshalb die USA in aller Welt durch Intrigen, Drohungen, Hinterlist, feige Geheimdienstaktionen, Mord, Krieg und Gewalt, Lügen und Betrug usw. agieren. Eine effective Tatsache, die jedoch verblendete Amerikaschwärmer und Amerikafanatiker usw. nicht erkennen und sich daher täuschen lassen. So verstehen sie auch nicht, dass Russland

versucht, seine Westgrenze zu wahren. Auch verstehen sie nicht, dass durch den Verbrechensbruch der Amerikaner in den 1990er Jahren die Osterweiterung der NATO-Grenze in den Baltischen Staaten zustande kam, was für Russland eine nahe NATO-Zone der Gefahr bedeutete, wie auch eine offensive Bedrohung durch die USA, die bezüglich der NATO nicht nur Verbündete hat, sondern diese heimlich dirigiert, wie ... und ich eindeutig feststellen.

Da die Regierenden und Teile der Völker der diversen Staaten rundum überhaupt nicht verstehen wollen, warum Russland in die Ukraine einmarschiert ist, stützten sie sich nun bei existenziellen Entscheidungen auf die falsche Prämisse, die damit erst recht die Krise und den Krieg verschärfen, und zwar, indem sie unbedacht und partiisch dem Möchtegernherr Selensky Kriegswaffen und Munition liefern und seine mit den USA einhergehenden Lügen und Betrügereien nicht erkennen. Eine Tatsache, die möglicherweise darauf hinausläuft, dass die diversen krankhaft dumm-dämlichen und schlafwandelnden Staatsführenden, wie auch die von Selensky und den USA befangenen Teile der Völker, sich in einen Atomkrieg hineinmanövrieren. Dies ist meine Argumentation, die ich darlege dafür, was sich gegenwärtig ergibt, worauf alles beruht, was droht, und weil alle meine Aussagen auf effektiven Fakten basieren, wie auch auf effektiven Vorauserschauungen, wie auch auf Tatsachen, die sich z.Z. ergeben.

Billy Was du alles sagst, dass trifft sich mit dem, was ich schon lange sage und auch über die Gesprächsberichte in die Welt hinaus verbreite. Doch alle Worte nützen nichts, denn das Gros der Regierenden und der Völker ist des Selbstdenkens unfähig und folglich bohnenstrohdumm und dämlich, dass es die Wahrheit nicht zu erkennen vermag und Mist über Mist baut. Dies führt dazu, dass in der Ukraine der Krieg so lange weitergeht und massenweise Menschen elend krepieren, bis praktisch alle ausgerottet sind und alles dem Erdboden gleichgemacht ist – vielleicht wirklich durch einen Atomkrieg. Das aber sehen und erkennen alle jene verantwortungslosen Regierenden aller Länder nicht, die ja eigentlich Mörder sind, weil sie Waffen für den Krieg an Selensky liefern, wodurch zahllose Menschen getötet werden, an dem sich die Waffenlieferer mitschuldig machen und sie also Mörder sind. Dass das Ganze der Waffenlieferungen auch eine Art von Weltkrieg bedeutet – der in Tatsächlichkeit noch handfest und durch Atombomben kommen kann –, das aber erkennen und verstehen, das können jene Fehlbaren der Regierenden nicht, die zu blöd und zu selbtherrlich dafür sind, jedoch jene piesacken, die des Rechtens bemüht sind, selbstdenkend das Richtige zu tun, im eigenen Land Ordnung zu halten und mit allen anderen Staaten Frieden, Recht und Vertrauen zu wahren. Das aber bringt nicht einmal die Regierung der Schweiz zustande, denn diese hat Feindschaft um sich geschaffen, indem sie die Neutralität zur Sau gemacht und Sanktionen von der EU-Diktatur übernommen und gegen Russland angewandt und es in die Pfanne gehauen hat.

Quinto Darüber haben wir schon am 14. Juni gesprochen, wobei zu diesem Vorgehen der Staatsführenden der Schweiz zu sagen ist, dass solche Personen nicht als Staatsführende, wie auch nicht als Beistaatsführende sowie deren Beratende in Staatsführungsämtern geduldet werden dürften, die dann falsch handeln, wenn die entsprechenden Personen in Unkenntnis darüber sind und nicht verstehen, was Neutralität bedeutet und besagt, wie auch, dass diese niemals in irgendeiner Art und Weise umgangen, verletzt oder geändert werden kann. Wird aber die Neutralität nur im Kleinsten verletzt, dann ist sie nicht mehr gegeben, sondern unwertig und aufgelöst.

Das Gespräch bezüglich dieser Geschehen und Umtriebe sowie der Begebenheiten will ich aber jetzt beenden, denn ich habe noch einiges, was ich privater Natur habe, was ich jedoch mit dir besprechen möchte. Wenn ...

Die Vereinigten Staaten haben sich in die Riege der Dreckslochländer eingereiht

uncut-news.ch, Juni 15, 2022

Von Paul Craig Roberts: Er ist ein US-amerikanischer Ökonom und Publizist. Er war stellvertretender Finanzminister während der Regierung Reagan und ist als Mitbegründer des wirtschaftspolitischen Programms der Regierung Reagans bekannt.

Das Biden-Regime hat die Vereinigten Staaten in eine Lachnummer verwandelt. Nicht, dass die USA nicht schon vorher eine Lachnummer waren, aber jetzt, oh Mann, lachen sogar Patrioten.

Sie kennen doch die Sanktionen, die Russland zu Fall bringen sollten? Nun, Bidens Sanktionen haben die russischen Öllieferungen und Einnahmen um 300'000 Barrel pro Tag in die Höhe getrieben, wie das Wall Street Journal berichtet, und den Benzinpreis für die Amerikaner verdoppelt, wie die American Automobile Association berichtet.

Wissen Sie, all die Panzer und Waffen, die versprochen wurden, um die Niederlage der Ukraine gegen Russland zu beschleunigen, nun, tut mir leid, die Russen liefern uns nicht das Titan, das für die Panzerung notwendig ist.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist so dumm und inkompetent, dass die Idioten in Washington immer noch nicht begreifen, dass Washington mit seiner Beteiligung an Russlands begrenzter Intervention in der Ostukraine, die früher zu Russland gehörte, mehr tut, als den Westen zu einem Kombattanten in diesem Konflikt und damit zu einem potenziellen Ziel zu machen. Die Leute in Washington müssen die dümsten der Welt sein. Sie überzeugen Russland davon, dass sein Ziel, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu neutralisieren, die Eroberung des gesamten Landes erfordert und nicht nur die Vernichtung der ukrainischen Armee, die zur Rückeroberung der beiden abtrünnigen Republiken in der russischen Donbass-Region entsandt wurde.

Mit anderen Worten: Durch die Einmischung in den Konflikt in der Hoffnung, Russland in eine Situation wie in Vietnam zu verwickeln, überzeugt Washington den Kreml davon, dass Russland sein Ziel nicht erreichen kann, ohne die gesamte Ukraine zu erobern. Angesichts dieser Aufgabe ist es unwahrscheinlich, dass Russland eine Politik des langsamen Krieges zur Rettung der Zivilbevölkerung verfolgen wird. «Die Reiter der Apokalypse galoppieren heran», warnt Dmitri Medwedew, der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, aber Washington ist unfähig, etwas zu hören, was nach Wahrheit klingt.

Während Russland durch die Inkompetenz des Westens gestärkt wird, wendet Washington seine Waffen gegen den republikanischen Spitzenkandidaten für das Gouverneursamt von Michigan. Der in den Umfragen führende Ryan Kelley wurde aus dem Rennen geworfen, als die Demokraten ihr politisiertes FBI veranlassten, ihn wegen «Aufruhrs» im Rahmen des falschen Narrativs vom «6. Januar» zu verhaften, dem Komplott von Trumps weissen Vorherrschern, die die US-Regierung stürzen wollen, und zwar nicht mit Waffen oder bewaffneter Gewalt, sondern indem sie Selfies von sich machen, während sie auf dem Stuhl von Nancy Pelosi sitzen. Für die aufgeweckten Demokraten genügen ein paar Leute, die im Kapitol umherwandern, um die Unipower-US-Regierung zu stürzen.

In den südamerikanischen Bananenrepubliken können ehemalige Präsidenten von ihren Nachfolgern verhaftet werden. In vielen Teilen der Welt ist die Regierung nur ein Ort, an dem Interessengruppen um die Macht kämpfen, und wie das Sprichwort sagt, ist in der Liebe und im Krieg alles erlaubt. Mit der Verhaftung eines politischen Kandidaten, um ihn an der Wahl zu hindern, haben sich die Vereinigten Staaten nun dieser Gruppe der Dritten Welt angeschlossen. Die nazifizierte Demokraten haben den schwächlichen Republikanern den Marsch geblasen.

Die Demokraten missbrauchen ihre gesetzgeberische Macht, indem sie «Anhörungen» durchführen, wonach Präsident Trump und seine Anhänger sich des Aufruhrs schuldig gemacht haben, weil sie einen Aufstand versucht haben. Tatsächlich hörten Trumps Anhänger Trumps Rede eine Meile oder mehr entfernt am Washington Monument zu, als der angebliche «Aufstand», ein vom FBI inszeniertes Ereignis, im Kapitol stattfand.

Bloomberg «News», eine führende Lügenfabrik der Presse, dämonisiert patriotische Amerikaner als Aufständische, die einen Putschversuch unternommen haben. Seien Sie sicher, dass Sie den Unsinn dieser Anschuldigung verstehen. Amerikaner, die nach Washington kamen, um ihre Unterstützung für eine Präsentation von Beweisen vor dem Kongress zu zeigen, dass die Demokraten die Wahl von Trump gestohlen haben, wurden als «Aufrührer» verhaftet. Es waren nicht genug «Aufrührer» im Kapitol, um ein McDonalds-Restaurant zu stürzen. Selbst wenn das Kapitol von Menschen besetzt worden wäre, die sich weigerten, es zu verlassen, wie kann die Besetzung eines Gebäudes einem Staatsstreich gleichkommen?

Der Zweck des inszenierten «Aufstands» war es, die Vorlage der Beweise für eine gestohlene Wahl im Kongress zu verhindern, was auch gelang.

In Anbetracht der Leichtgläubigkeit der Amerikaner haben die Demokraten und die ihnen zuarbeitenden Hurenmedien die Unterstützung für eine Untersuchung des Wahldiebstahls in einen «tödlichen Versuch, die Machtübergabe zu blockieren» und in einen «versuchten Staatsstreich» verwandelt, der «der blutige Höhepunkt eines siebenteiligen Plans war, der vor der Wahl 2020 begann – ein Plan, der letztlich von einer Person vorangetrieben wurde – Donald Trump.

Nun, Trump hat vergessen, seine Truppen zu bewaffnen und er hat sie am falschen Ort versammelt. 99% der Trump-Bewohner waren zu weit weg, um an dem versuchten Staatsstreich teilzunehmen.

QUELLE: THE UNITED STATES HAS JOINED THE RANKS OF SHITHOLE COUNTRIES

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-vereinigten-staaten-haben-sich-in-die-riege-der-dreckslochlaender-ingereiht/>

Warum derzeit passiert, was passiert...

Veröffentlicht am 25. Juni 2022 von Maren Müller



Bildquelle: zero hedge.com

Der Dritte Weltkrieg für Strohköpfe

Manche erwähnenswerten Leute, offensichtlich sogar der Papst, beginnen zu argwöhnen, dass mehr in der Welt vor sich geht als der Krieg in der Ukraine. Sie sagen, dass der Dritte Weltkrieg bereits begonnen hat und von nun an die Dinge immer schlechter werden. Dies mag schwer festzustellen sein, während wir an den sich abzeichnenden Entwicklungen teilhaben, und sie nicht aus der übergeordneten historischen Perspektive betrachten. Es ist fragwürdig, ob Menschen damals im Jahr 1939 erkannten, dass sie den Beginn eines umfassenden weltweiten Konflikts sehen, auch wenn einige es vermutet haben könnten.

Die jetzige weltweite Situation ist in vielerlei Hinsicht die eines gigantischen Puzzlespiels, von dem die Allgemeinheit nur einen kleinen Teil des Gesamtbildes wahrnimmt. Die meisten erkennen nicht einmal, dass es weitere Teile des Puzzles gibt und sind ausserstande, diese einfachen Fragen zu stellen: Warum geschieht dies alles, und warum geschieht es jetzt?

Die Angelegenheit ist viel komplizierter als die meisten Menschen erkennen. Was sie sehen, ist, dass der böse Zauberer Vladimir Saruman Putin die unschuldige Ukraine mit seiner Armee von Orks überfällt – völlig ohne Grund. Das ist eine vereinfachte Sichtweise, freundlich gesagt, denn nichts passiert ohne Grund. Lasst uns die Dinge im Gesamtbild einordnen und sehen, was wirklich passiert – und warum die Welt vor unseren Augen durchdreht. Lasst uns sehen, worum es beim Dritten Weltkrieg geht.

Der Dampfkochtopf

Der Westen (als den wir hier die USA, die EU und einige wenige mehr bezeichnen) übt seit Jahrzehnten erheblichen Druck auf die gesamte Welt aus. Dieser wird nicht nur auf Länder ausserhalb des Westens, sondern auch auf die westlichen Länder ausgeübt, die sich den Diktaten der Herrscher des Westens widersetzen. Dieser Druck wurde ausgiebig diskutiert und mit verschiedenen Motiven versehen inklusive Neokolonialismus, aufgezwungene Finanzherrschaft, und weitere. Interessant daran ist vor allem während der vergangenen zwanzig Jahre, welche Länder bedroht wurden und was diese nicht miteinander gemeinsam haben.

Unter den unter Druck geratenen Ländern finden wir Russland, China, Kuba, Venezuela, Libyen, Syrien, Serbien, Thailand und den Iran, um nur einige davon zu nennen. Weitere wurden unlängst hinzugefügt, einschliesslich Indien und Ungarn. Um zu verstehen, warum sie unter Druck gerieten, müssen wir ihre Gemeinsamkeiten betrachten. Das ist schwierig, denn sie sind in vielerlei Hinsicht völlig verschieden. Da gibt es Demokratien und Nicht-Demokratien, konservative oder kommunistische Regierungen, christliche, islamische und buddhistische Länder, und so weiter. Noch sind einige davon klare Verbündete. Nun fragt sich, warum sich konservative und religiöse Länder wie Russland oder Iran mit so gottlosen Kommunisten wie Kuba und Venezuela verbünden sollten.

Was diese Länder gemeinsam haben, ist der Wunsch, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln; unabhängige Länder zu sein. Dies ist in den Augen des Westens unverzeihlich und muss mit allen Mitteln verhindert werden, einschliesslich wirtschaftlichen Sanktionen, Farbrevolutionen, und offener militärischer Gewalt.

Der Westen und dessen militärischer Arm NATO hat Russland mit feindlichen Ländern und Militärbasen umzingelt, die Ukraine aufgerüstet und manipuliert, als Hammer gegen sie eingesetzt zu werden, und Sanktionen und Drohungen ausgesprochen. Das gleiche passiert nach wie vor in Asien, wo China mit allen verfügbaren Mitteln eingedämmt wird. Das gleiche gilt in unterschiedlichem Ausmass für alle erwähnten Unabhängigen. In den vergangenen etwa zehn Jahren wurde der Druck auf die Unabhängigen massiv erhöht und erreichte den Siedepunkt im Jahr vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine.

Während des gesamten Vorjahres vor dem Ukrainekrieg schickten die USA ihre Diplomaten um die ganze Welt, um den Druck zu erhöhen. Sie glichen einem Wanderzirkus oder einer Rockband auf Tour, aber an-

statt Unterhaltung brachten sie Drohungen: Kauft uns das ab und tut was wir sagen, oder es wird Konsequenzen geben. Die Dringlichkeit war eindeutig und spürbar, doch dann brach der Ukrainekrieg aus und der Druck stieg auf 11. Während des ersten Monats des Krieges befehligte sich das gesamte diplomatische Korps des Westens mit Drohungen gegen den «Rest der Welt», um die Isolation Russlands zu erzwingen. Daraus wurde nichts, und in den politischen Zirkeln von USA und EU brach Panik aus. Der ganze Druck über die Jahre und die Furcht und Panik, als er nichts bewirkte, stehen deutlich mit den Geschehnissen in der Ukraine in Verbindung. Sie sind Teil der Krankheit und haben die gleiche Ursache.

Der Schuldenberg

Es gab viele Erklärungsversuche dafür, was vor sich geht, und die gängigste ist der Kampf um zwei mögliche Wege in die Zukunft. Der eine bringt mehrere Machtzentren in einer multipolaren Welt, der andere eine unipolare Welt, die vom Westen regiert wird. Das ist weitgehend zutreffend, doch gibt es eine weitere Ursache, warum all dies jetzt passiert und woher die Panik und Dringlichkeit des Westens kommt.

Unlängst hat Neuseelands Tech-Guru Kim Dotcom mehrere Tweets über die US-amerikanische Schuldenkrise veröffentlicht. Demgemäss übersteigen mittlerweile die Schulden und Zahlungsverpflichtungen der USA den gesamten Wert der USA, einschliesslich Grund und Boden. Diese Situation ist nicht einmalig auf die USA beschränkt. Die meisten Länder des Westens sind so überschuldet, dass sie die Verbindlichkeiten nur bezahlen können, indem sie das gesamte Land und alles was sich darauf befindet, verkaufen. Darüber hinaus sind die meisten nicht-westlichen Länder unter US-Dollar-denominierten Schuldenbergen begraben und gehören somit den gleichen Finanziers, die auch den Westen besitzen.

<https://pbs.twimg.com/media/FUgfgHsUUAAUwr3.jpg>

Während der letzten Jahrzehnte wurden die Wirtschaft der USA, und die der EU in einem Ausmass verfälscht, der schwer zu glauben ist. Wir im Westen haben weit über unsere Verhältnisse gelebt, und unsere Währungen wurden massiv überbewertet. Das wurde uns durch zwei Mechanismen ermöglicht:

Der erste ist der Reservestatus des Dollars, und der Halbreservestatus des Euro, der dem Westen ermöglichte, Digitalgeld zu exportieren und dafür Waren zu erhalten. Dies brachte dem Westen enorme Kaufkraft und finanzielle Macht ein und ermöglichte ihm, sich parasitär von der Weltwirtschaft zu ernähren. Wir bekamen eine Menge Waren für umsonst, um es milde auszudrücken.

Der zweite Verfälschungsmechanismus ist das Wachsen des Schuldenbergs bis zu einer Höhe, in der wir im wesentlichen alles verpfändeten oder beliehen, was wir besitzen, einschliesslich unserer Häuser und Grundstücke, nur um unseren Lebensstandard aufrecht zu halten. Zieht man die Schulden ab, besitzen wir nichts mehr. Die Schulden sind schon lange untilgbar geworden, Zins und Zinseszins liegen weit jenseits unserer Möglichkeiten, was erklärt, warum der Leitzins im Westen in der Nähe von Null liegt. Jeder Anstieg würde einen Zahlungsausfall bewirken und binnen eines Tages wären wir alle förmlich bankrott.

Zusätzlich dazu hat diese Verfälschung eine künstliche Überbewertung der Wechselkurse der Leitwährungen des Westens bewirkt, was ihre Kaufkraft für Waren, die in fremden, nichtwestlichen Währungen ausgepreist wurden, überhöhte. Diese Mechanismen ermöglichten dem Westen weiterhin die Ausformung einer dysfunktional aufgeblähten Dienstleistungsgesellschaft, deren Ineffizienz jenseits des Vorstellungsvermögens liegt. Wir haben in unseren Wirtschaftssystemen riesige Gruppen von Menschen, die nicht nur keine Werte schaffen, sondern diese systematisch zerstören. Was den westlichen Lebensstandard aufrecht erhält, ist eine kleine Minderheit im produzierenden Gewerbe, ständige Schuldenerhöhung und eine parasitäre Beziehung zum Rest der Welt.

Die Leute, denen diese ganzen Schulden gehören, besitzen auch all das, von dem wir denken, es würde uns gehören. An diesem Punkt besitzen wir im Westen nichts, wir denken nur, dass es so wäre. Aber wer sind die wahren Besitzer? Das wissen wir mehr oder weniger, denn einmal im Jahr treffen sie sich zum Weltwirtschaftsforum in Davos, zusammen mit der westlichen politischen Elite, die ihnen ebenfalls gehört.

Verständlicherweise sind unsere Besitzer zunehmend besorgt, und diese Sorgen stiegen im Einklang mit dem gestiegenen Druck, den der Westen auf den Rest der Welt ausgeübt hat, insbesondere auf die Unabhängigen. Während des letzten Treffens in Davos war die Stimmung trübe und panisch zugleich, etwa so wie die Panik unter den westlichen politischen Eliten, als die Isolation Russlands scheiterte.

Was geschehen wird

Die Panik unserer Eigner und ihrer Politiker ist verständlich, denn wir haben das Ende des Weges erreicht. Wir können unseren Lebensstandard nicht länger durch Schuldensteigerung und Parasitentum erhalten. Die Schulden wachsen über den Wert unseres allgemeinen Besitzes hinaus, und unsere Währungen sind dabei, wertlos zu werden. Wir werden nicht länger in der Lage sein, gratis Zeugs vom Rest der Welt zu erhalten, oder unsere Schulden zu bezahlen – noch nicht einmal die Zinsen davon. Der gesamte Westen ist dabei, bankrott zu gehen, und unser Lebensstandard ist dabei, sich um einen wesentlichen Anteil zu verringern. Das versetzt unsere Eigner in Panik, und sie sehen nur zwei Möglichkeiten:

Im ersten Szenario gehen der Westen und alles und jeder in ihm pleite, erklären ihren Bankrott und löschen sämtliche Schulden durch Dekret – was souveräne Staaten tun können. Das würde ebenfalls den Wohlstand und die politische Macht unserer Eigner auslöschen.

Im zweiten Szenario übernehmen unsere Eigner die Allgemeinheit während des Bankrotts. Die Allgemeinheit sind wir und alles, was wir besitzen.

Man muss kein Genie sein um zu erkennen, welches Szenario ausgewählt wurde. Der Plan für das zweite Szenario wurde erstellt und wird, während wir noch herumreden, ausgeführt. Er wird «The Great Reset» genannt und wurde vom Weltwirtschaftsforum entworfen. Der Plan ist kein Geheimnis und kann bis zu einem gewissen Ausmass auf der Webseite des WWF in Augenschein genommen werden.

Der Grosse Rückschritt ist ein Mechanismus zur Ergreifung und Einverleibung sämtlicher Schulden der Allgemeinheit, einschliesslich Ihres Eigentums, das Eigentum Ihrer Stadt oder Gemeinde, des Eigentums Ihres Landes, und der meisten Unternehmenswerte, jene, die noch nicht von unseren Eignern gehalten werden. Der Ablauf des Mechanismus zur Inbesitznahme allen Eigentums bedingt mehrere Einzelschritte, von denen die wichtigsten vier sind:

Abschaffung der Selbstbestimmung: Ein souveränes (unabhängiges) Land ist ein gefährliches Land, denn es kann seine Zahlungsunfähigkeit erklären. Die Verringerung der Souveränität war von vorrangiger Bedeutung für unsere Eigner, und dafür wurden mehrere Projekte wie die Transatlantische Handelsvereinbarung TTIP, oder die Transpazifische Handelsvereinbarung TPP. Das erfolgreichste dieser Projekte ist ohne Zweifel die EU selbst, die Europäische Union.

Verringerung der Wirtschaftsleistung: Die westliche sowie die globale Wirtschaftsleistung muss um einen wesentlichen Anteil verringert werden. Diese Verringerung ist notwendig, denn die westliche Wirtschaftsleistung ist grösstenteils verfälscht und muss auf ihren tatsächlichen Stand gebracht werden – was etwa die Hälfte des derzeitigen Wertes wäre, oder weniger. Das langsame Herunterfahren hat auch den Vorteil, die massiven sozialen Unruhen zu vermeiden, die ein schneller Absturz mit sich brächte, und die eine Gefahr für unsere Eigner wären. Das kontrollierte Drosseln ist also einem abrupten Absturz vorzuziehen. Dieses kontrollierte Drosseln geschieht bereits, und das schon seit längerem. Dafür können einige Beispiele genannt werden, einschliesslich die Energiepolitik von USA und EU, die massgeschneidert für die Sabotage der westlichen Wirtschaftsleistung ist, sowie die offensichtliche Vernichtung der Nachfrage während und nach der «Pandemie» einschliesslich der wunderlichen logistischen Probleme, die plötzlich aus dem Nichts auftauchten.

Ernten der Eigentumswerte (dir wird nichts gehören und du wirst «glücklich» sein.): Aller Besitz, der als mit unseren oder den auf dem Gemeinbesitz liegenden Schulden in Verbindung stehend angesehen werden kann, wird eingezogen werden. Das ist ein erklärtes Ziel des «Great Reset», aber es ist weniger klar, wie dies durchgeführt werden soll. Dazu wäre die vollständige Kontrolle der westlichen (und auch aller anderen) Regierungen nötig. Diese Vorbedingung ist bereits näher als manch einer denken mag, denn die meisten westlichen Regierungen gehören mittlerweile Davos an. Dieser Vorgang wird uns als notwendige soziale Neugestaltung in Folge von Wirtschaftskrise und Erderwärmung verkauft werden und mit einem bedeutenden Abstieg des Lebensstandards der einfachen Leute, nicht der Eliten, einhergehen.

Unterdrückung: Einer Menge von Menschen wird das nicht gefallen, so dass Aufstände erwartbar sind, selbst wenn das Drosseln in langsam Schritten vorgenommen wird. Damit dies nicht geschieht, werden soziale Kontrollmechanismen implementiert werden, die die persönliche Freiheit, die Redefreiheit und die Freizügigkeit auslöschen. Das wird gleichzeitig die absolute Abhängigkeit des Individuums vom Staat bewirken. Dies muss geschehen, bevor das Herunterfahren der Wirtschaftsleistung vollendet wird, oder es sind revolutionäre Aufstände zu erwarten. Diese Mechanismen wurden bereits unter Begeisterung im Westen vollzogen, wie jeder, der über Augen und Ohren verfügt, bemerkt hat.

Russland, China und die anderen Unabhängigen

Wie passen Russland und China, und der Krieg in der Ukraine zu all dem? Warum all der Druck aus dem Westen all die Jahre, und warum nun diese Panik? Zum Teil liegen die Gründe für den Druck auf die Unabhängigen, vor allem auf Russland und China einfach daran, dass sie sich der westlichen Vorherrschaft widersetzen. Das reicht bereits für einen Platz auf der westlichen Liste der Bösewichte. Doch warum nun dieser ansteigende Druck der letzten Jahre?

Der Grund dafür ist, dass Russland und China nicht in den Bankrott gezwungen werden können, um ihren Besitz einzufahren. Sie haben nicht viel Schulden in westlicher Währung, was bedeutet, dass die Leute, denen der Westen mittels dessen Schulden gehört, derzeit weder Russland noch China besitzen, so wie sie den Westen und die verschuldeten Drittweltländer besitzen, und können sie auch nicht mittels Schulden in Besitz nehmen. Der einzige Weg, sich diese anzueignen, ist mittels «Regime Change», Regierungsumsturz. Ihre Regierungen müssen um jeden Preis geschwächt werden, einschliesslich wirtschaftlicher Sanktionen und falls nötig, mit militärischer Gewalt – von daher die Verwendung der Ukraine als Rammbock für Russland, und Taiwan als Rammbock für China.

Die Unterwerfung Russlands und Chinas ist ein essentieller Aspekt für unsere Eigner von Davos, denn wenn sie die westliche Wirtschaft drosseln, müssen alle anderen ebenfalls heruntergefahren werden. Wenn die westliche Wirtschaft heruntergefahren wird, aber sich ein grosser Wirtschaftsblock dieses Absturzes enthält, wäre das ein Desaster für den Westen. Der neue Block würde massive Wirtschaftsmacht gewinnen, und möglicherweise eine Art einseitige Vorherrschaft, während der Westen in ein feudales dunkles Zeitalter und in die Bedeutungslosigkeit abstürzt. Deswegen muss die ganze Welt abstürzen, damit der Great Reset gewährleistet wird. Russland und China müssen mit allen Mitteln unterworfen werden, desgleichen Indien und die anderen widerspenstigen Nationen.

Das treibt die Situation an, in der wir uns befinden, und das wird die Fortführung des Dritten Weltkriegs befeuern. Die westlichen Eigner-Eliten ziehen in den Krieg, um ihre Macht und ihren Besitz zu erhalten. Wer sich widersetzt, muss unterworfen werden, damit alle dem Westen in den geplanten Grossen Rückschritt hin ins Dunkle Zeitalter folgen.

Der Grund für die derzeitige Panik unter den westlichen Eliten ist, dass das Projekt Ukraine nicht läuft wie geplant. Anstatt das Russland auf dem Schlachtfeld ausblutet, sind es die Ukraine und der Westen, die bluten. Anstatt des Zusammenbruchs der russischen Wirtschaft, der zu einer Ablösung Putins durch einen Führer gemäss Davos Wünschen führen würde, bricht die Wirtschaft des Westens zusammen. Anstatt der Isolation Russlands ist es der Westen, der zunehmend isoliert ist. Nichts funktioniert, und noch dazu hat Europa Russland die Möglichkeiten und das Motiv dafür gegeben, die Europäische Wirtschaft zu zerstören, indem sie Teile der europäischen Industrie still legen. Ohne russische Ressourcen gibt es keine europäische Industrie, und ohne die Industrie gibt es keine Steuern für die Bezahlung von Arbeitslosenunterstützung, Renten, Pensionen, die vielen Flüchtlinge und so ziemlich allem anderen, was die europäischen Gesellschaften zusammenhält. Russland hat nun die Möglichkeit, in Europa einen unkontrollierten Zusammenbruch zu bewirken, was nicht das ist, was Davos plante. Ein unkontrollierter Zusammenbruch könnte dazu führen, dass in Davos Köpfe rollen, buchstäblich, und das verursacht Angst und Panik in den Zirkeln der Elite. Die einzige Lösung für sie ist, mit dem Dritten Weltkrieg weiter zu machen und auf das Beste hoffen.

Was tun?

Der Grosse Rückschritt der Weltwirtschaft ist DER direkte Anlass für den Dritten Weltkrieg, betrachtet man, was geschieht. Was kann deswegen unternommen werden? Von innerhalb des Westens, sehr wenig. Der einzige Weg wäre, Davos irgendwie aus der Gleichung zu nehmen, aber das wird sehr wahrscheinlich aus zwei Gründen nicht geschehen: Erstens sind die Grossen Zurücknehmer aus Davos viel zu eingebettet in die westliche Wirtschaft und Politik. Davos ist wie ein Oktopus, der seine Tentakel und Saugnäpfe überall in den elitären Zirkeln der Länder, ihren Medien und Regierungen gewickelt hat, als dass sie einfach entfernt werden könnten. Zweitens ist die Bevölkerung des Westens viel zu Gehirn gewaschen und ignorant. Das Ausmass ihrer Gehirnwäsche geht soweit, dass sie tatsächlich arm werden wollen – obwohl sie statt «arm» lieber «grün» sagen, weil das besser klingt. Allerdings gibt es einige Anzeichen für Uneinigkeit innerhalb der westlichen Eliten. Einige von ihnen, vor allem in den USA, könnten sich vielleicht den grösstenteils in Europa ausgearbeiteten Grossen Rückschritt widersetzen – doch ob diese Opposition reell, oder wirksam sein wird, bleibt abzuwarten.

Ausserhalb des Westens sind allerdings einige Massnahmen möglich, und sollten ergriffen werden. Einige davon sind drastisch, und manche davon werden ausgeführt, während wir reden. Unter diesen Massnahmen sind folgende:

Die Unabhängigen angeführt von Russland und China, und Indien, müssen einen Block bilden und sich vom radioaktiven Westen isolieren. Diese Abtrennung darf keinesfalls nur wirtschaftlich sein, sondern muss auch sozial und politisch durchgeführt werden. Ihr Wirtschaftssystem muss vom Westen abgetrennt und autonom werden. Ihre Kultur und Geschichte muss gegen westliche Einflüsse und westlichen Revisionismus verteidigt werden. Dieser Vorgang hat sichtlich bereits begonnen.

Die Unabhängigen müssen unverzüglich sämtliche vom Westen finanzierten Institutionen und NGOs aus ihren Ländern verbannen, gleich ob diese durch westliche Staaten oder Privatpersonen gesponsert werden. Des weiteren müssen sie sämtliche Medien, Schulen und Universitäten von westlicher Unterstützung und Beeinflussung befreien.

Sie sollten sämtliche internationalen Institutionen einschliesslich der UN verlassen, da sämtliche internationalen Einrichtungen vom Westen kontrolliert werden. Danach sollten sie sie durch Einrichtungen ihres eigenen Blockes ersetzen.

An einem gewissen Punkt müssen sie Dollar und Euro zu unerwünschten Währungen erklären, und Verbindlichkeiten, die an diese beiden Währungen gebunden sind, aber nicht an andere, verfallen lassen. Das wird ab einem gewissen Punkt unvermeidlich sein.

Das wird es ermöglichen, den Westen in Dunkelheit versinken zu lassen, ohne dass er alle anderen mit sich zieht – falls wir es schaffen, dass uns das atomare Feuer erspart bleibt.

Original von Gaius Baltar via The Saker <http://thesaker.is/world-war-3-for-dummies/>

Quelle: <https://publikumskonferenz.de/blog/2022/06/25/warum-derzeit-passiert-was-passiert/#more-7253>

Der Weg in den Untergang

Von Dr. Norbert van Handel / 23 Juni 2022

Vier wesentliche Ereignisse haben den Weg in den Untergang Europas markiert:

- Die gesundheits- und wirtschaftsschädigende Coronapolitik der meisten Länder;
- Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland, das sich niemals gegen den Westen stellte, jedoch die westlichen Länder in heute noch unbekanntem Ausmass belasten;
- Die Permanierung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine durch den Westen;
- Die inflationäre Politik der EZB, die, entgegen den Prinzipien der EU-Verträge, jene Länder querfinanzierte, deren Wirtschaft kaputt war und teilweise auch noch ist.

Dass der Krieg ein Stellvertreterkrieg zwischen USA und Russland ist, ist kein Geheimnis mehr.

Es war schon immer ein Vergnügen der Amerikaner, bequem an ihren sicheren Schreibtischen in den USA zu sitzen, und die anderen meist tausende Kilometer entfernten Länder Krieg führen zu lassen.



Begründet wurde dies mit dem heiligen Prinzip der Demokratie, die gerade in Amerika nicht besonders ausgebildet ist, wenn man feststellen darf, dass Mordanschläge gegen Unschuldige, vielfach Kinder, an der Tagesordnung sind und dass das Rassenproblem nach dem Bürgerkrieg vor 150 Jahren immer noch nicht gelöst ist.

Man hat zwar die Sklaven befreit, gleichzeitig aber Rassenprobleme erzeugt, denen man kaum mehr Herr wird.

Darüber hinaus wurden völkerrechtswidrige Kriege von Vietnam bis zum Irak und Afghanistan geführt, ohne sie wirklich gewonnen zu haben.

Natürlich hat Russland den ersten Schuss abgegeben, aber, wie ein israelischer Diplomat kürzlich zurecht meinte, es geht nicht nur um den ersten Schuss, sondern vor allem auch um die Vorgeschichte.

Und die Vorgeschichte besteht darin, dass Präsident Putin zu Beginn der 2000er Jahre und auch späterhin alles tat, um zu einem sinnvollen Zusammenwirken mit dem Westen zu kommen: politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch.

Dies hat in Wirklichkeit die USA nie interessiert.

Mit Verachtung ist man über die legitimen Interessen Russlands hinweggegangen und hat die Nato zielstrebig zu einem Faktor der Kriegspolitik, vor allem auch in Europa, aufgebaut.

Dies führte dazu, dass auch die EU, deren eigentliche Funktion Frieden in Europa und die wirtschaftliche Stärkung des Kontinents wäre, zunehmend mehr ein Exponent der Nato wurde und heute im Grund genommen nichts anderes als Befehlsempfänger Washingtons ist.

Wenn jüngst die «Heiligen Drei Könige» Macron, Scholz und Draghi – Herr Johannes aus Rumänien durfte zuschauen und Boris Johnson atemlos nachlaufen – Grossbritannien könnte doch um Gottes Willen einen Krieg versäumen – nach Kiew kamen, brachten sie folgende Botschaften mit:

- Die Ukraine solle möglichst rasch in die EU kommen – EU-Verträge und was die übrigen der 27 Mitglieder sagen, interessiert nicht;
- Der Ukraine werden Waffen aller Art versprochen, damit der Krieg gegen Russland gewonnen werden kann;
- Dass der Zweck der EU ein völlig anderer war, dass die Besucher in Kiew darüber gar nicht entscheiden können, weil darüber erst die anderen Mitgliedsstaaten abstimmen müssen – es gilt Einstimmigkeit – ist alles egal. Frau Von der Leyen, an der Spitze der EU-Kommission, hat bereits begeistert zugestimmt – eine Barbiepuppe der EU-Diktatur.
- Ungeheure Mengen an Geld, das die Mitgliedsländer nach Brüssel überwiesen, wird ausgegeben, nicht um Europa zu stärken, sondern um den Krieg der USA zu finanzieren. Militärisch erreicht man dabei eine Verlängerung des Krieges auf unbestimmte Zeit, geopolitisch erreicht man allerdings ein enges Zusammenrücken des Ostens, Russland, China, Indien etc., was über kurz oder lang zu grossen wirtschaftlichen Problemen führen und die jetzt schon gestörten Lieferkette dramatisch schädigen wird.

- Den Kalten Krieg braucht man gar nicht zu erwähnen, weil man ihn soeben selbst wiederbelebt hat. Sogar der Geschäftsführer der ukrainischen Friedensbewegung und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Kiewer KROK Universität sprach sich neulich in einem Interview ganz klar unter dem Titel «Mehr Waffen – mehr Blutvergiessen» gegen den Krieg und vor allem auch gegen die Sanktionen aus.

Wir haben der EU und der Politik der meisten Mitgliedsländer zu verdanken, dass die Bevölkerungen in Westeuropa immer ärmer werden, dass Amerika Europa zunehmend mehr wie eine Kolonie behandeln wird und dass Russland, das sich stets an alle Verträge hielt, zu einem wohl Jahrzehnte langem Feindbild eines hilflosen Westens und einer bedauernswerten Bevölkerung wird.

Alles das, was die Gründergeneration nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut hat, wird zerstört, übrig bleiben werden schöne Landschaften, US-Militärstützpunkte und eine Welt, die noch nie so unsicher war wie heute.

Schon Marc Aurel meinte:

«Das Ziel des Lebens besteht nicht darin, auf der Seite der Mehrheit zu stehen, sondern zu vermeiden, sich in den Reihen der Wahnsinnigen wiederzufinden.»

Bilder: depositphotos

Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/der-weg-in-den-untergang/>

Grosse Worte und kleine Taten in Kiew Die Sanktionspolitik ist gescheitert Europa steht auf der Kippe

Von Hans-Georg Münster / 23 Juni 2022 Erstellt von muenster



An grossen Worten von deutscher Seite fehlte es in Kiew nicht. Von einem «heldenhaften Abwehrkampf» und von deutschen Waffenlieferungen «in ganz grossem Umfang» sprach Kanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch in der Ukraine zusammen mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron sowie dem italienischen Regierungschef Mario Draghi. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Die wohlfeile Gabe der drei Staatsmänner aus dem Abendland – der EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine – ist nichts wert, was EU-Beitrittskandidat Türkei schon seit zwei Jahrzehnten erlebt. Und von den versprochenen deutschen Lieferungen schwerer Waffen ist wenig zu sehen. Sieben Panzerhaubitzen sind inzwischen in der Ukraine eingetroffen. Für die Militärausrüstung eines Landes, das 1,7mal grösser ist als die Bundesrepublik, ist das wie ein Tropfen auf den heissen Stein. Lieferungen und beabsichtigte Lieferungen werden inzwischen im Internet aufgelistet (1). Nicht dabei sind wirklich effiziente Waffen wie der Kampfpanzer «Leopard 1», worauf die CDU/CSU-Opposition drängt. Für den Flakpanzer «Gepard» fehlt offenbar Munition, die erst hergestellt werden muss.

Derweil wachsen die Probleme an der deutschen Heimatfront: Die Berliner Regierung bekommt die Wirkungen von zwei engen Verbündeten des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu spüren: Da ist einmal «General Winter», der schon Napoleon und Hitler schwer zu schaffen machte. Das heisst: Wenn es Winter wird in Europa, werden die Heizkosten explodieren. Die Energiepreise steigen schon jetzt wegen ausbleibender Lieferungen aus Russland extrem an. Es wird massive Proteste gegen und schwere Probleme für die westli-

chen Regierungen geben. Der zweite Verbündete ist kein Kind Russlands, sondern eine Erscheinung westlicher Kapitalmärkte. Nennen wir ihn den Herrn Zins. Dieser Herr Zins wird Deutschland und Europa bald mehr zu schaffen machen, als Scholz sich selbst in seinen Albträumen vorstellen kann.

Wer die deutsche öffentliche Meinung und vor allem die veröffentlichte Meinung in den letzten Tagen intensiv beobachtet hat, kommt unweigerlich zu dem Schluss, dass die von den Grünen angeheizte Kriegsbegeisterung von einer Kriegsmüdigkeit abgelöst wird. Es beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass es leicht ist, in einer Woge der Begeisterung Sanktionen zu beschliessen, aber Hinweise auf mögliche Folgen als unwichtig beiseite zu schieben. Die Deutschen haben zudem ein Problem mit einer unfähigen Regierung, mit der es sich verhält wie mit altem Fisch: Er beginnt von der Spitze her zu stinken. Die «Neue Zürcher Zeitung» schreibt über Scholz: «Jetzt hat er die Kontrolle verloren. Im Ukraine-Krieg wirkt er wie ein politischer Anfänger, der den Entwicklungen hinterherläuft.»

Dies betrifft besonders die Wirtschaftspolitik. Die Sanktionen gegen Russland konnten zunächst gar nicht hart genug sein und die angekündigten Waffenlieferungen nicht umfangreich genug. Auf den Gedanken, dass eine russische Regierung nicht tatenlos zusehen würde, wie die Söhne des Landes von deutschen Waffen umgebracht werden, kam man in Berlin nicht. Inzwischen sieht man sich mit einem erheblichen Mangel an Erdgas konfrontiert. Deutschland war bisher zu 58 Prozent von russischen Gaslieferungen abhängig, die Europäische Union zu 38 Prozent.

Das Versagen von Scholz liegt unter anderem darin, dass er den grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck in der Erdgas-Frage nach Belieben schalten und walten liess. Zwar ist richtig, dass der russische Gazprom-Konzern seine Tochter Gazprom Germania faktisch aufgab, aber statt mit der russischen Regierung Gespräche aufzunehmen, wie es weitergehen könnte, wurde Gazprom Germania in einem Blitzverfahren unter die Kontrolle der Bundesnetzagentur und damit faktisch unter die Kontrolle der deutschen Regierung gestellt. Dies erinnert schon an Kriegsrecht, denn in Kriegszeiten ist es üblich, Firmen im Besitz von Unternehmen aus Ländern der Kriegsgegner unter Zwangsverwaltung zu stellen. Zum Beispiel wurde im Zweiten Weltkrieg der deutsche Teil des US-Autokonzerns Ford unter deutsche Zwangsverwaltung gestellt.

Scholz, der SPD und auch dem Koalitionspartner FDP ist entgangen, dass sich Habeck und der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, die Bälle zuspielen und sich gegenseitig die Richtigkeit ihrer Massnahmen zum Beispiel gegen Gazprom bestätigen. Beide sind grün, kennen sich aus der schleswig-holsteinischen Landespolitik und sind Teil eines Netzwerks, das die Umwandlung der Bundesrepublik in einen grünen Staat betreibt. In der Praxis sieht es so aus: Habeck macht einen Vorschlag, und sein Kumpel Müller bestätigt unverzüglich die praktische Durchsetzbarkeit des Vorschlags, auch wenn die Realität ganz anders aussieht. Gegen Kritik eilt in Energiefragen Kerstin Andreae, die Präsidentin des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft, zur Hilfe. Auch sie ist Teil des Netzwerks: Andreae war früher Bundestagsabgeordnete der grünen Partei.

So sind die früheren Behauptungen von Habeck und Müller, die Gasversorgung in Deutschland sei gesichert, bereits jetzt schon widerlegt. Karl Haeusgen, der Präsident des wichtigen Maschinenbauverbandes VDMA, stellt fest: «Wir bewegen uns auf eine sehr schwierige Lage zu.» Habecks Einsparpropaganda erinnert an Kriegszeiten. Verzweifelt versuchen Habeck und andere deutsche Politiker, neue Lieferquellen für Gas zu erschliessen. Bereits legendär ist das Foto mit Habecks Bückling vor dem Scheich von Katar, von dem er trotz der miserablen Menschenrechtsbilanz des Staates Katar gerne Öl und Gas beziehen möchte. Einen traurigen Höhepunkt erreichten die Versuche europäischer Gasbeschaffung mit dem Besuch von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Israel. Die EU-Kommission gehört zu den schärfsten Kritikern der israelischen Siedlungspolitik im Westjordanland und fordert den Abzug israelischer Truppen aus den besetzten arabischen Gebieten und aus Ost-Jerusalem – genauso wie von der Leyen und die EU den Rückzug Russlands von der Krim fordern. Dass von der Leyen, deren Kommission den Druck arabischer Schulbücher fördert, in denen zum Krieg gegen Juden aufgerufen wird, ausgerechnet in Israel um Gas bettelt und andererseits Sanktionen gegen Russland verhängt, zeigt den totalen Realitätsverlust der politischen Klasse.

Wie die Realität tatsächlich aussieht, machen Meldungen der letzten Tage deutlich: Deutschland hat ein Energieproblem, das so gross ist, dass selbst Kohlekraftwerke wieder angeworfen werden sollen – ein klarer Verstoss gegen alle grünen Prinzipien und gegen die Energiewende. Aber ein Verstoss gegen grüne und auch rote Prinzipien waren auch schon die Waffenlieferungen an die Ukraine.

Die Verstaatlichung von Gazprom Germania ist die eine Seite, und dafür liess sich Habeck von ihm wohlgesonnenen Journalisten als Mann der Tat feiern. Die andere Seite wird jetzt im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages besprochen. Rund zehn Milliarden Euro muss die Bundesregierung über die staatliche KfW-Bank bereitstellen, damit Gazprom Germania seinen Verpflichtungen im europäischen Gashandel nachkommen kann. Konkret muss die verstaatlichte Firma Gas zu hohen Marktpreisen einkaufen, um vertragliche Verpflichtung gegenüber deutschen und ausländischen Abnehmern zu erfüllen, denen man früher preiswertes russisches Gas geliefert hätte. Die Bundesregierung gibt in einem Schreiben an den Haushaltsausschuss zu, ohne einen sofortigen Unterstützungskredit drohe die Insolvenz von Gazprom Germania. «In der Folge würde dies höchstwahrscheinlich zu Insolvenzen zahlreicher Stadtwerke und zu Produktionsaus-

fällen bei Industriekunden führen», schreibt die Regierung. Nach Presseberichten werden weitere 15 Milliarden Euro gebraucht, um Gas auf dem Weltmarkt zu beschaffen. Die Umriss der nächsten Wirtschaftskrise zeichnen sich hier ab.

Weitsichtig hatten die Volkswirte der Deutschen Industriebank (IKB) schon Anfang Juni gewarnt: «Ein Boykott von russischem Gas oder Metall hilft der Ukraine wenig, belastet aber die Fähigkeit der deutschen Industrie und der europäischen Wirtschaft im Allgemeinen, ihre Wertschöpfung zumindest kurz- bis mittelfristig aufrecht zu halten. Dies kann weder im Interesse Deutschlands noch der Ukraine sein.» Drastischer formuliert der bekannte deutsche Journalist Gabor Steingart: «Jeder zweite abgefeuerte Schuss des Westens trifft das eigene Knie. Wir sind Zeitzeugen einer als Reaktion auf Putins Angriffskrieg vorsätzlich herbeigeführten Wirtschafts-, Energie- und Nahrungsmittelkrise.»

Hinzu wird als Quintessenz eine Finanzkrise ungeheuren Ausmasses kommen. Die Deutsche Bank hatte bereits vor einigen Jahren davor gewarnt, in Europa könnte es sehr ungemütlich werden, wenn in Italien die Zinsen und in Deutschland die Inflation steigt. Genau dieser Punkt ist jetzt erreicht. Die Zinsen steigen im atemberaubenden Tempo, die Refinanzierung von Euroländern wie Italien und Frankreich gerät in Gefahr. Die Europäische Währungsunion steht vor der schwersten Belastungskrise ihrer Geschichte, denn die Euro-Länder sind höher verschuldet denn je. Dagegen war die Griechenland Krise ein kleines Vorgeplänkel. «Das ist ganz klar die Rückkehr der Euro-Krise», sagt zum Beispiel Clemens Fuest, der Präsident des Münchner Ifo-Instituts.

Daher wird in wenigen Monaten die Ukraine-Krise für die deutsche Politik nur noch ein Nebenkriegsschauplatz sein. Europa selbst steht auf der Kippe.

(1) <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>

Bilder: depositphotos (anm. Bilder sind leider nicht vorhanden)

Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/grosse-worte-und-kleine-taten-in-kiew-die-sanktionspolitik-ist-gescheitert-europa-steht-auf-der-kippe/>

Rand Corporation skizzierte Plan im 2019: So kann man Russland zerstören

uncut-news.ch, Juni 22, 2022



Den Gegner zu einer rücksichtslosen Expansion zwingen, um ihn aus dem Gleichgewicht zu bringen, und ihn dann zerstören. Dies ist nicht die Beschreibung eines Judo-Griffs, sondern ein von der Rand Corporation, der einflussreichsten Denkfabrik der USA, ausgearbeiteter Plan gegen Russland. Mit einem Stab von Tausenden von Experten präsentiert sich Rand als die weltweit zuverlässigste Quelle für nachrichtendienstliche und politische Analysen für die Führer der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten.

Die Rand Corp ist stolz darauf, zur Ausarbeitung der langfristigen Strategie beigetragen zu haben, die es den Vereinigten Staaten ermöglichte, den Kalten Krieg zu gewinnen, indem sie die Sowjetunion zwangen, ihre eigenen wirtschaftlichen Ressourcen in der strategischen Konfrontation zu verbrauchen.

Dieses Modell stand Pate für den neuen Plan «Overextending and Unbalancing Russia» (Überschuldung und Ungleichgewicht in Russland), der von Rand veröffentlicht wurde.

Nach Ansicht der Analysten bleibt Russland in einigen grundlegenden Bereichen ein starker Gegner für die Vereinigten Staaten. Um mit diesem Gegner fertig zu werden, müssen die USA und ihre Verbündeten eine gemeinsame langfristige Strategie verfolgen, die die Schwachstellen Russlands ausnutzt. Rand analysiert daher die verschiedenen Mittel, mit denen Russland aus dem Gleichgewicht gebracht werden kann, und gibt für jedes die Erfolgswahrscheinlichkeiten, den Nutzen, die Kosten und die Risiken für die USA an.

Nach Einschätzung der Rand-Analysten ist die grösste Schwachstelle Russlands seine Wirtschaft, die stark von den Öl- und Gasexporten abhängig ist. Die Einnahmen aus diesen Exporten können durch eine Verschärfung der Sanktionen und eine Erhöhung der Energieexporte der Vereinigten Staaten verringert werden. Ziel ist es, Europa zu zwingen, seine Einfuhren von russischem Erdgas zu verringern und durch Flüssiggas zu ersetzen, das auf dem Seeweg aus anderen Ländern transportiert wird.

Eine weitere Möglichkeit, die russische Wirtschaft langfristig zu destabilisieren, besteht darin, die Auswanderung von qualifiziertem Personal, insbesondere von jungen Russen mit hohem Bildungsniveau, zu fördern. Im Bereich der Ideologie und der Information wäre es notwendig, die interne Anfechtung zu fördern und gleichzeitig das Image Russlands nach aussen zu untergraben, indem es von internationalen Foren ausgeschlossen und die von ihm organisierten internationalen Sportveranstaltungen boykottiert werden.

Auf dem geopolitischen Sektor würde die Bewaffnung der Ukraine es den USA ermöglichen, den zentralen Punkt der äusseren Verwundbarkeit Russlands auszunutzen, aber dies müsste sorgfältig kalkuliert werden, um Russland unter Druck zu setzen, ohne in einen grösseren Konflikt abzugleiten, den es gewinnen würde. Im militärischen Bereich könnten die USA bei geringen Kosten und Risiken einen hohen Nutzen daraus ziehen, wenn sie die Zahl der landgestützten Truppen der NATO-Länder erhöhen, die in antirussischer Funktion tätig sind.

Hohe Erfolgswahrscheinlichkeiten und hohe Vorteile bei mässigen Risiken können die USA vor allem dadurch erzielen, dass sie hauptsächlich in strategische Bomber und gegen Russland gerichtete Langstreckenraketen investieren.

Ein Ausstieg aus dem INF-Vertrag und die Stationierung neuer, auf Russland gerichteter nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa würde zu hohen Erfolgswahrscheinlichkeiten führen, wäre aber auch mit hohen Risiken verbunden.

Durch die Kalibrierung jeder Option auf den gewünschten Effekt – so das Fazit der Rand-Analysten – würde Russland im Falle einer Konfrontation am Ende den höchsten Preis zahlen, aber auch die USA müssten enorme Ressourcen investieren, die dann nicht mehr für andere Ziele zur Verfügung stünden. Dies ist auch eine Vorwarnung für einen kommenden starken Anstieg der Militärausgaben der USA/NATO, der zu Lasten der Sozialhaushalte gehen wird.

Dies ist die Zukunft, die von der Rand Corporation, dem einflussreichsten Think Tank des Tiefen Staates – also dem unterirdischen Zentrum der realen Macht, das von den Wirtschafts-, Finanz- und Militäroligarchien beherrscht wird – für uns geplant wird und die strategischen Entscheidungen nicht nur der USA, sondern der gesamten westlichen Welt bestimmt.

Die in dem Plan dargelegten «Optionen» sind in Wirklichkeit nichts anderes als Varianten derselben Kriegsstrategie, deren Preis in Form von Opfern und Risiken von uns allen bezahlt wird.

QUELLE: HOW TO RUSSIA DESTROY RUSSIA. 2019 RAND CORPORATION REPORT: "OVEREXTENDING AND UNBALANCING"

Quelle: <https://uncutnews.ch/rand-corporation-skizzierte-plan-im-2019-so-kann-man-russland-zerstoeren/>



Ein Artikel von Heinz-J. Bontrup, 22. Juni 2022 um 8:30

Titelbild: Lightspring/shutterstock.com

Bundestag und Bundesrat beschliessen massive Aufrüstung. Man kann es nicht glauben, aber es ist die bittere Wahrheit. Verfassungsrechtlich abgesicherte und massiv gesteigerte Rüstungsausgaben wurden in

einem sozial zerrissenen Deutschland mit einer Armutsquote von rund 16 Prozent, in dem jedes 5. Kind in Armut aufwachsen muss, am 3. Juni 2022 im Bundestag und am 10. Juni im Bundesrat beschlossen. Und das auch vor dem Hintergrund einer weiter existierenden chronischen Arbeitslosigkeit und einem gigantischen Niedriglohnsektor mit Millionen von prekär Beschäftigten sowie einer darniederliegenden öffentlichen Infrastruktur und einer weit unterfinanzierten Bildung und Gesundheit. Ausserdem steht das Land vor gigantischen Herausforderungen zur Bewältigung der Klimakrise. Hier sind hohe jährliche Investitionen und soziale Absicherungen notwendig. Von Heinz-J. Bontrup.

Volksvertreter und ihre Parteien, die schon seit über 40 Jahren eine unsägliche marktradikale (neoliberale) Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung und gegen die Natur betreiben, haben es jetzt auch noch fertiggebracht, ein Aufrüstungsprogramm von 100 Mrd. Euro mit einer Verfassungsänderung ins Grundgesetz zu schreiben – es reicht! Von den 735 Volksvertretern stimmten 568 mit Ja, 96 immerhin mit Nein, 20 enthielten sich und 51 stimmten erst gar nicht ab. Von den 39 Abgeordneten der Links-Partei waren bis auf 5, die ihre Stimme nicht abgaben, alle 34 Parlamentarier gegen die Verfassungsänderung. Nur wenige prominente Mitglieder des Bundestages wie Frank Bsirske, ehemaliger Ver.di-Vorsitzender und Fraktionsmitglied für Bündnis90/Die Grünen, stimmten auch gegen ihre Partei.

Das 100-Mrd.-Euro-Aufrüstungsprogramm reichte den Volksvertretern aber noch nicht. Ausserdem sollen zukünftig (im Trend) jährlich 2 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) nur fürs Militär und Rüstung verausgabt werden. Das wären 2021 gut 71 Mrd. Euro gewesen. Tatsächlich waren es aber 2021 im Einzeletat 14 (Verteidigungshaushalt) «nur» 47,5 Mrd. Euro. Das heisst, zukünftig wird es in Deutschland durch das 2-Prozent-Diktat zu einer Niveauanhebung bei den Militärausgaben um fast 50 Prozent kommen. Relativiert man die Militärausgaben nicht in Bezug auf das BIP, sondern auf den «normalen» Bundeshaushalt (ohne Sonderausgaben für Corona und Ukraine-Krieg), so wurden 2019 von den gesamten Bundesausgaben in Höhe von 397,0 Mrd. Euro nur fürs Militär 43,2 Mrd. Euro ausgegeben. Das waren 10,9 Prozent. Hierin enthalten sind dann aber nur die Militärausgaben des Einzeletats 14 und nicht auch die verdeckten zusätzlichen Ausgaben in anderen Einzeletats des Bundeshaushalts gemäss der Definition «Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien».

Und wo bleibt hier die Presse, die «Vierte Gewalt» in der Demokratie? Sie ist fast unisono für Aufrüstung. Kritische Stimmen gibt es so gut wie nicht. Ich bin der herausragenden und ehemaligen Chefredakteurin der Frankfurter Rundschau, Bascha Mika, sehr dankbar, wenn sie Folgendes schreibt:

«Da tummeln sich Pressevertreter:innen maulheldenhaft in Schützengräben, überschlagen sich bei der Forderung nach noch schwereren Waffen, treiben die Regierung wegen angeblicher Zögerlichkeit vor sich her und spotten über die Warnung des Friedensinstituts Sipri vor einem Atomkrieg. Warum bieten sie sich nicht gleich bei Selenykyj als Söldner:innen an, um mal richtig Krieg zu erleben?»

Der Rüstungsirrsinn nimmt kein Ende

Als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 den Irrsinn eines sogenannten «Sondervermögens» für Rüstung im Bundestag verkündete, gab es stehenden Applaus der Volksvertreter. Das erinnerte in fataler Weise an den Beginn des Ersten Weltkriegs 1914. Auch damals bejubelten Parlamentarier im Reichstag die umfangreichen Kriegskredite. Nur wenige, wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, waren dagegen. Am Ende bezahlten sie ihr «Dagegensein» mit ihrem Leben. Sie wurden von einem rechten militärischen Mob und politischen Revisionisten in der SPD umgebracht.

Und heute sprechen sich wieder nur wenige Politiker gegen die unausrottbare Mär von «Aufrüstung schafft Frieden» aus. Ralph Urban, Vorstandsmitglied der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) sagt zu Recht: «Der Reflex zur Bewaffnung und Aufrüstung als Antwort auf den Angriffskrieg in der Ukraine ist (...) nicht hilfreich. Wir brauchen stattdessen gerade jetzt ein neues Nachdenken über Frieden und Sicherheit, das konkrete Handlungsschritte zur Begrenzung der Klimakatastrophe und eine gerechte Ressourcenverteilung einschliesst. Eine neue, nachhaltige Friedensordnung in Europa kann nur durch Deeskalation, Verhandlungen und Abrüstung erreicht werden! Eine Welt, in der jeder Staat aufrüstet und weitere Staaten nach Atomwaffen streben, ist keine sicherere Welt.»

Nach einem Bericht des schwedischen Friedensforschungsinstituts Sipri stocken die neun Atommächte ihre Anzahl an atomaren Sprengköpfen in den kommenden Jahren weiter auf. Zusammen kommen die Länder auf 12'705 Sprengköpfe, wovon Russland über 5977 und die USA über 5428 Sprengköpfe verfügen. Dan Smith, Direktor des Sipri-Instituts, bemerkt dazu: «Die derzeit 12'705 Atomwaffen sind viel weniger als die 70'000 Mitte der 80er Jahre. Aber die 12'705 können alles Leben auf unserem Planeten weiter komplett auslöschen. Das sollte schon ein Grund zur Sorge sein. Die einzige Möglichkeit, Politiker zum Handeln zu bewegen, besteht darin, dass die Menschen diese Sorge auf die Tagesordnung bringen. Die Tatsache, dass wir diese Thematik jetzt weit intensiver diskutieren, ist Anlass zu einem gewissen Grad an Optimismus.»

Ein Feindbild muss geschaffen werden

Für mehr Rüstung und am Ende für Krieg, für diesen «organisierten Wahnsinn» (Willy Brandt, SPD) durch politische Herrschaftseliten verursacht, braucht es in der Bevölkerung immer ein Feindbild. Das Volk muss auf Krieg eingestellt und vorbereitet werden. Krieg entbehrt hier aber jeder Rationalität, was auch dadurch zum Ausdruck kommt, dass man von «Gewinnern» und «Verlierern» spricht, obwohl feststeht, dass es am Ende eines Krieges nur Verlierer gibt. Das wird auch im Russland-Ukraine-Krieg nicht anders sein. Auch hier werden nur die Toten gezählt und die zerstörte Infrastruktur beklagt werden. Schon jetzt spricht man von Milliarden Euro an Wiederaufbauhilfen für die Ukraine.

Natürlich wissen intelligente Menschen, dass im Krieg der Verstand, die Ratio, aussetzt, was aber auch schon für die Kriegsvorbereitung, für die Propagandaphase, gilt. Und was im Krieg als erstes abhanden kommt, ist die Wahrheit. Deshalb erstaunt es wissenschaftlich auch nicht, dass Herrschende dialektisch zunächst viel über Frieden reden (müssen), und wenn sie das tun, dann kann man sich meist sicher sein, gibt es Krieg. Der vermeintliche Feind muss dazu abgewertet und das eigene Land aufgewertet werden. Wie sagte der neoliberale US-Präsident Ronald Reagan über die Sowjetunion? Sie sei das «Reich des Bösen», das er «kaputtrüsten» würde. Und der am 11. August 1984 während einer Mikrofonsprechprobe einen makabren Scherz machte, er habe die «Bombardierung der Sowjetunion angeordnet».

Bundespräsident Gustav Heinemann warnte dagegen in Anbetracht des nach dem Zweiten Weltkrieg schwelenden Ost-West-Konflikts vor der primitiven ständigen Aggression gegen die Sowjetunion. «Wir müssen erkennen, dass die antisowjetische Hetze den Vorspann für die westliche Rüstungspolitik darstellt.» Und es war Willy Brandt, der erste SPD-Bundeskanzler nach dem Zweiten Weltkrieg, der ab 1969 auf ein friedliches Zusammenleben mit unseren östlichen und westlichen Nachbarn und auf die dazu notwendige Abrüstung setzte; trotz systemischer Divergenzen mit der Sowjetunion. Die Entspannungspolitik von Brandt bis Angela Merkel infrage zu stellen, zeugt nicht nur von einem nicht vorhandenen geschichtlichen Wissen, sondern negiert auch Diplomatie als einzig richtige politische Strategie und setzt dagegen auf eine destruktive Politik der militärischen Bedrohung und Zerstörung.

«Putins Krieg»

Jetzt könnte man argumentieren, dass trotzdem an allem der Kriegstreiber und Aggressor Putin Schuld habe («Putins Krieg», so u.a. Olaf Scholz). Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde hier eine Personalisierung betrieben und von einem «Hitler-Krieg» gesprochen. Damit wollte man sich von jeder kollektiven Schuld in Deutschland befreien. Der US-amerikanische Historiker Daniel Jonah Goldhagen sprach in diesem Kontext von einem Realitätsverlust in seinem 1996 veröffentlichten und vielbeachteten Buch «Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust».

Jeder Krieg, wie auch jetzt der Russland-Ukraine-Krieg, hat keine persönlichen, sondern systemische und jeweils eigene Kausalitäten: Borniertes politisches und gesellschaftliches Überlegenheitsdenken gegenüber anderen Ländern, wirtschaftliche Ausbeutungsfantasien und nicht zuletzt religiöse Doktrinen waren hier schon immer entscheidende Ursachen. Und Krieg war und ist dabei immer ein kollektives Verbrechen von Menschen an Menschen, an Tieren und der Natur. Am Ende werden nur die toten und verletzten Menschen gezählt und die Infrastrukturschäden beklagt. Nach sechs Kriegsjahren im Zweiten Weltkrieg waren es 50 Millionen Tote. Hier zu glauben, daran war nur Hitler schuld, ist absurd. Es war, wie Goldhagen festgestellt hat, eine kollektive deutsche Schuld.

Bertolt Brecht schrieb zum Völkerkongress für den Frieden 1952: «Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.» Deshalb gilt: Die Anwendung von tödlicher Gewalt durch einen organisierten Krieg darf nicht, gemäss dem preussischen Generalmajor Carl von Clausewitz, «die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln» sein.

Zum ökonomischen Charakter von Militärausgaben und Rüstung

Willy Brandt wusste: Rüstungsausgaben sind nichtreproduktive Ausgaben für jede Volkswirtschaft. Ein produzierter Panzer oder eine Rakete z.B. schaffen nur einmal bei ihrer Herstellung Einkommen und Arbeitsplätze. Zivile Investitionen sind dagegen während ihrer Nutzungsdauer immer wieder produktiv. Darüber hinaus verursachen Rüstungsgüter hohe Opportunitätskosten. Die finanziellen Mittel stehen eben nicht mehr zur Lösung dringender ziviler Probleme wie Hunger, Krankheit, Unterentwicklung, Arbeitslosigkeit, Umweltbelastung und Ressourcenzerstörung zur Verfügung.

Zudem sind bei staatlichen Rüstungsausgaben überproportionale Profite sicher. Zumal, wenn man das Bundeswehr-Beschaffungsamt (BWB) beim Einkauf der Rüstungsgüter auch noch aussen vorhalten will. Hier gäbe es zu viel Bürokratie und Rüstungsunternehmen müssten auch nicht unbedingt einer Preisprüfung gemäss der «Verordnung für Preise bei öffentlichen Aufträgen» (VPöA) beim Vorliegen nicht marktgängiger und in der Regel unter monopolistischen Bedingungen angebotenen Waffensystemen unterzogen

werden. Da reden dann ahnungslose Politiker sogar einer freihändigen Vergabe von Rüstungsgütern das Wort.

Und genau eine solche Vergabe findet jetzt statt, kauft die Bundeswehr doch Flugzeuge und Hubschrauber bei US-amerikanischen Rüstungsfirmen ohne öffentliche Ausschreibung und Preiskontrolle. Es ist dabei übrigens interessant, dass sich die in Konkurrenz zu US-amerikanischen Flugzeugbauern befindende Airbus-Industrie hier nicht aufs Schärfste bei der Politik wegen entgangener Aufträge und einer massiven Wettbewerbsverzerrung beschwert.

Was das 100-Milliarden-Rüstungsprogramm daneben auch besonders ärgerlich macht, ist die verfassungsrechtliche Änderung, ohne zuvor eine breite gesellschaftliche Debatte darüber geführt zu haben, zumal es hinlänglich bekannt ist, dass es grosse Vorbehalte in der Bevölkerung gegen eine zunehmende Militarisierung gibt. Man stelle sich vor, die Verfassungsväter hätten 1949 intendiert, eine solche Militarisierung ins Grundgesetz zu schreiben. Natürlich kam nicht einer auf ein solch absurdes Ansinnen, geschweige denn die Siegermächte hätten dies zugelassen, selbst die USA mit ihrer Politik eines «Rollback» gegen die Kommunisten im Osten nicht.

Verfassungsänderung für mehr Rüstung

Jetzt liegen neben vielen anderen zwei ganz schwerwiegende Verfassungsänderungen in der jüngeren Geschichte des Grundgesetzes vor. Beide, sowohl die 2009 ins Grundgesetz geschriebene Schuldenbremse (Art. 109 GG und 109a GG sowie 115 GG) als auch jetzt das Sondervermögen Rüstung (Art. 87a GG), sind kein Ruhmesblatt der deutschen parlamentarischen Demokratie. Zur Schuldenbremse stellt der Politikwissenschaftler Stefan Bajor fest: «Die sogenannte Schuldenbremse, also das Ergebnis der Reform des deutschen Kreditverfassungsrechts von 2009, ist nicht, wie manche meinen (...), eine Schlussfolgerung aus der Finanz- und Staatsschuldenkrise ab 2008. Diese hätte ja angesichts des Wirkens der (...) keynesianisch inspirierten Konjunkturprogramme eher in anderer Richtung ausfallen müssen. Nein, die Schuldenbremse ist das Ergebnis des neoliberalen Staatsverständnisses, das den privaten Nutzen voranstellt und den öffentlichen Sektor daran hindern will, das Allgemeininteresse an ausreichenden öffentlichen Leistungen vor allem in den Bereichen Gesundheit und soziale Sicherheit, Chancengleichheit und Bildung, Umweltschutz und Kultur zu realisieren. Die strikte Schuldenregel sollte in Kraft gesetzt werden, um Staat und Kommunen daran zu hindern, die eingeschlagene Steuersenkungspolitik der vergangenen Jahrzehnte durch Krediteinnahmen auszugleichen. Am Ende des Weges soll «eine neue Stabilitätskultur» (...) stehen, in der sich der öffentliche Sektor den privatwirtschaftlichen Interessen allein schon deshalb zu beugen hat, weil ihm die finanziellen Mittel zum Gegensteuern fehlen.»

Umgehung der Schuldenbremse

Dies gilt aber offensichtlich nicht für Rüstungsausgaben. Es muss dann jedoch die Schuldenbremse durch eine Verfassungsänderung umgangen werden, sonst wäre das kontraproduktive Aufrüstungsprogramm über Kredite nicht finanzierbar. Warum, so könnte man fragen, finanziert die Politik die Aufrüstung alternativ dann nicht mit Steuererhöhungen? Wenn man schon von einem «Sondervermögen» spricht, so ist es dann doch auch nur logisch, eine «Sondersteuer» für Reiche und Vermögende zur Finanzierung der Rüstungsausgaben zu erheben. Aber selbst mit der jetzt vollzogenen Grundgesetzänderung und der Separierung der Rüstungsausgaben wird die Einhaltung der Schuldenbremse bei einem weiter propagierten Verzicht auf Steuererhöhungen nicht möglich sein. Die notwendigen staatlichen Sozialausgaben, wegen der längst noch nicht überwundenen Pandemie und den Kriegsfolgekosten auch für Deutschland, lassen dies allein schon nicht zu. Und dann ist noch nicht ein zusätzlicher Euro für die darniederliegende öffentliche Infrastruktur, eine unterfinanzierte Bildung und Gesundheit sowie zur Bekämpfung der Klimakrise und Arbeitslosigkeit ausgegeben worden.

Eine Hoffnung gibt es aber noch. Und die müssten die Volksvertreter nicht einmal mehr neu ins Grundgesetz schreiben, weil dies schon vor langer Zeit 1952 mit dem Lastenausgleich (Art. 120a GG) geschehen ist. Der Unterschied ist allerdings, dass das «Rüstung-Sondervermögen» über staatliche Kredite ermöglicht wird, während sich der Lastenausgleich über eine zusätzliche einmalige Besteuerung von Vermögenden finanziert. Bei der Rüstung geben die Vermögenden dem Staat Kredite, verzinst natürlich, und werden nicht, wie beim Lastenausgleich, mit Steuerzahlungen konfrontiert. Dann gibt es also doch keine Hoffnung! Das wäre auch zu viel des Guten, genauso wie eine mögliche Finanzierung der zumindest dringend notwendigen staatlichen Infrastruktur- und Klimaschutz Ausgaben durch einen verfassungsrechtlich möglichen Lastenausgleich.

Weltherrschaftsanspruch der USA

Wirkliche Lernprozesse nach dem grausamen Ersten und Zweiten Weltkrieg hat es weltweit bei den sogenannten herrschenden Eliten nicht gegeben. Dafür standen sich zwei völlig konträre politische und wirtschaftliche Systeme unversöhnlich gegenüber. Der Kapitalismus mit einem indirekt demokratisch verfassten politischen Überbau und der Sozialismus mit einem autoritären Staat. Diese doppelte Systemdivergenz,

auf Seiten des Westens durch die USA und die 1949 gegründete NATO als ein «Verteidigungsbündnis», und auf Seiten des Ostens durch die Sowjetunion und den 1955 konstituierten Warschauer Pakt als «militärische Antwort» auf die NATO, führte in Folge zu einem «Kalten Krieg». Es kam zu einer zuvor in der Menschheitsgeschichte noch nie dagewesenen Hochrüstung bis Ende der 1980er Jahre und einem mit Atomwaffen aufgebauten vierfachen Overkill für die Erde. Jeden Moment hätte dieser Wahnsinn in einem Dritten Weltkrieg enden können. Das sogenannte «Gleichgewicht der Kräfte», die gegenseitige Abschreckung der Atom-mächte hat dies aber verhindert.

Trotzdem haben die USA, sicher mehr als die Sowjetunion, immer einen Anspruch auf imperiale Ziele (Weltherrschaft) gestellt. Zur Durchsetzung ihrer «vitalen nationalen Interessen» wurde dabei aufs Militär und Rüstung gesetzt. So verwundert es nicht, dass die USA nach dem Zweiten Weltkrieg die meisten Kriege geführt haben, stellt der Politikwissenschaftler Bernd Greiner fest. «Sie sind Spitzenreiter beim Sturz missliebiger, auch demokratisch gewählter Regierungen, unzählige Menschen mussten ihr Leben lassen, Gesellschaften wurden traumatisiert und Staaten ruiniert.»

Geholfen bei dieser destruktiven Politik des «American first» hat hier bis heute der US-Dollar, die Leitwährung der Welt, ursprünglich 1944 im Bretton-Woods-System festgelegt. Wenn auch das mit Fehlern, u.a. feste Wechselkurse und Goldbindung des Dollars, behaftete Währungssystem 1973 aufgegeben wurde, so behielten die USA bis heute, bei eingeführten flexiblen Wechselkursen und Abschaffung der Goldbindung, ihr «Dollardiktat». Sie können über ihre Notenbank (Fed) fast unbegrenzt Geld drucken und erhalten zudem vom Ausland ohne grosse Probleme Kredite. Damit lässt sich dann das Doppeldefizit im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz finanzieren. Und selbst wenn es zu einer Weltwirtschaftskrise kommt, so flüchtet das internationale Kapital immer wieder in den sicheren «Dollar-Hafen» und verhindert damit eine grössere Abwertung des Dollars. Was würden wohl die USA machen, wenn sie ihre Leitwährung verlieren würden? Wir wollen lieber darüber nicht tiefer nachdenken!

Auflösung der Sowjetunion als vertane Chance

Die weitgehend friedliche Revolution in der Sowjetunion, die mit dem Untergang der realen sozialistischen Welt 1989 ihr jähes Ende fand, war für die Kapitalisten in der gesamten Welt ein Segen. Die ehemaligen Länder der Sowjetunion, mit ihrem Kernland Russland, übernahmen mehr oder weniger das widersprüchliche kapitalistische System im ökonomischen Unterbau. Die abhängig Beschäftigten hatten ihre realiter, zumindest theoretisch gegebene Alternative zum Ausbeutungskapitalismus verloren und die Kapitalisten mussten weiter nicht einmal mehr Rücksicht auf die mühselig errungenen sozialen Fortschritte im Kapitalismus nehmen. Mit dem Untergang der Sowjetunion war aber auch die Hoffnung auf eine «Friedensdividende» verbunden.

Und tatsächlich kam es zu beträchtlichen Abrüstungen, wenn die Welt sich auch mehr gewünscht hat. Die Rüstungsindustrie geriet in die Defensive und man sprach von «Rüstungskonversion». Aggressive politische Aufrüstungsfanatiker verschwanden weitgehend von der politischen Bildfläche. Die NATO hatte nach der Auflösung des Warschauer Pakts Legitimationsprobleme. Kurz vor dem Russland-Ukraine-Krieg sprach der französische Präsident, Emmanuel Macron, sogar von einem «Gehirntot» der NATO und heute auf einmal (wieder) von einem «Bollwerk gegen die Russen». Gerade wie es politisch passt, aber ohne jegliche wissenschaftliche Substanz.

Beim Untergang der Sowjetunion, aber auch in Deutschland bei der Wiedervereinigung, wurde dann jedoch eine Chance auf eine zielführende neue Wirtschaftsordnung vertan. Einen Weg dahin hat uns der tschechoslowakische Ökonom Ota Šik schon 1979 in seinem Buch «Humane Wirtschaftsdemokratie – ein Dritter Weg» in den wesentlichen Zusammenhängen und Ableitungen aufgezeigt. Hier schrieb er: «Das kapitalistische marktwirtschaftliche und das kommunistische planwirtschaftliche System in ihrer herkömmlichen Form werden zu wachsenden Entwicklungsschwierigkeiten führen, die schwerwiegende und immer bedrohlichere Gefahren für die Menschen verursachen. Die Entwicklungsmängel beider Systeme sind zwar von unterschiedlichem Charakter, sie lassen sich beide aber durch zeitgemässeres Wirtschaften unter humanisierenden und demokratisierenden Zielsetzungen überwinden. Wenn das gelingt, kann daraus ein neues Wirtschaftssystem entstehen, das den gefährlichen Systemantagonismus zwischen Ost und West beseitigt.» Dies passierte aber leider nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht. Der Osten wurde unisono kapitalistisch. Im staatlichen Überbau blieb Russland jedoch ein autokratischer Staat und obwohl der Warschauer Pakt aufgelöst worden ist, blieb die NATO erhalten und sie erweiterte sich zudem immer mehr gegen Osten.

Die Welt ist heute insgesamt kapitalistisch geworden, obwohl sie, wegen der immer mehr zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit und nicht zuletzt auch wegen der Klimakatastrophe, dringend ein widerspruchsfreies Wirtschaftssystem benötigt, das aber nun einmal im Kapitalismus nicht gegeben ist. Die Transformation in eine weitgehend kapitalistische Wirtschaft mit einem autokratischen staatlichen (politischen) Überbau in Russland hat zu Oligarchen in der Wirtschaft geführt, die die Bevölkerung brutal ausbeuten und sich selbst unermesslich bereichern können. Der ehemalige leitende Ökonom der Forschungsabteilung der Weltbank, Branko Milanovic, schreibt dazu: «Die Versuche zur Errichtung eines Rechtsstaates

in Russland und Zentralasien sind spektakulär gescheitert und haben zu noch grösserer Korruption geführt und in Russland Oligarchen den Weg an die Macht geebnet, die das Land nach einem Jahrzehnt rasanter wirtschaftlicher und rechtlicher Veränderungen (1990-1999) an den Rand des Zerfalls oder eines Bürgerkriegs brachten.»

Aber auch in der westlichen kapitalistischen Welt beuten jeden Tag systeminhärent Kapitalisten abhängig Beschäftigte aus. Diese werden unter der neoliberalen Doktrin reicher und reicher und die Beschäftigten, das gilt jedenfalls für die Masse, bleiben «Habenichtse» (Oswald von Nell-Breuning). Hier kam es seit der Wiedereinigung, nur in Deutschland, zu einer gigantischen Umverteilung der Wertschöpfungen von rund 1,4 Billionen Euro zu Lasten der Beschäftigten. Das Geld landete im Mehrwert, also bei den Zins-, Grundrente- und Profitempängern. Und es wird heute in der Diskussion über Krieg und Frieden auch vergessen, dass die westliche Welt mit dem Systemzusammenbruch im Osten riesige Absatzmärkte hinzugewinnen konnte und Russland ein gern gesehener Exporteur für preiswerte Rohstoffe war. Für Russland selbst war dies aber kein Segen. Die wirtschaftliche Entwicklung gelang nicht so richtig. Ohne die enormen Rohstoffvorkommen und deren Exporte wäre Russland heute ein Entwicklungsland, aber selbst auch mit den Rohstoffen ist der östliche Nachbar zwar ein militärischer Riese, aber ein ökonomischer Zwerg geblieben.

Russland blieb ein potenzieller Feind

Im Grunde blieb die Russische Föderation in den Augen des Westens immer ein potenzieller Feind, eine politisch-militärische Bedrohung, wenn Russland auch nur einen Bruchteil der USA und der NATO-Mitgliedsstaaten fürs Militär und Rüstung ausgibt. Mit 738 Milliarden US-Dollar (rund 603 Mrd. Euro) lag das Budget des grössten NATO-Landes USA fast vier Mal höher als das von China (193,3 Mrd. Dollar) und mehr als zwölf Mal höher als das von Russland (60,6 Mrd. Dollar). Damit entfielen rund 40 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben auf die USA. Das geht aus einer Rangliste des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) hervor. Demnächst wird Deutschland mehr für Rüstung und Militär ausgeben als Russland. Die ständige NATO-Ost-Erweiterung, die wiederbelebte Aufrüstung, insbesondere in den USA, haben Russland zunehmend militärisch, aber auch ökonomisch in die Enge getrieben. Dass diese Provokation nicht gutgehen konnte, können nur ganz einfältige Menschen nicht verstehen. Hier kann man dann durchaus zum «Putin-Versteher» werden und den «Kriegstreibern» gegen Russland entgegentreten. Wissenschaft muss hier objektive Aufklärung bieten und trotz aller schwerwiegenden Greuelthaten, die in jedem Krieg auftreten, immer einen klaren Kopf bewahren und die Dinge rational beurteilen und die Wahrheit offenlegen. Dazu gehört auch der allgemeine (grundsätzliche) Tatbestand, dass, seit es Staaten gibt, organisierte Kriege geführt worden sind. Grausame Vernichtungskriege waren darunter.

Und jetzt will man offensichtlich Russland, wenn man dies schon nicht militärisch mit der grössten Atomkraft praktizieren kann, zumindest mit einem Wirtschaftskrieg vernichten. Die jetzt gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen treffen aber nicht nur Russland, sondern auch diejenigen, die sie verhängen. Auch Deutschland ist davon betroffen und wird einen hohen Preis bezahlen müssen. In diesem Kontext sind auch die jetzt der Ukraine gemachten Angebote als EU-Beitrittskandidat zu sehen. Offensichtlich wollen EU-Politiker die Hürden für einen sofortigen Waffenstillstand noch höher legen, als sie eh schon realiter geschaffen wurden; ganz abgesehen von einem ökonomisch kontrafaktischen Tatbestand. Wer solche bornierten (esoterischen) Gedanken hegt, und das sind nicht wenige Verfechter in der westlichen Politik, der riskiert alles, am Ende auch einen Dritten Weltkrieg.

Da muss man schon fast dankbar sein, wenn der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau auf die Frage: «Wie stellen Sie sich denn angesichts des Krieges künftig die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland sowie Europa und dem Kreml vor?», antwortet: «Auf lange Sicht würde ich mir ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Russland natürlich wünschen. Aber auf absehbare Zeit sehe ich da kaum Möglichkeiten. Russland ist durch seinen Angriff ein Paria-Staat geworden. Es wird sehr lange dauern, bis Russland wieder als normaler Partner an den Tisch zurückkehrt.»

Auch Deutschland war in der Geschichte schon zweimal ein Paria-Staat. Ich hoffe, das hat Merz nicht vergessen. Und auch nicht, dass hier die Politik zweimal erbärmlich versagt hat. Nach dem Ersten Weltkrieg waren es dann wieder versagende «Sieger-Politiker», die Deutschland am liebsten von der Landkarte streichen wollten; nicht minder waren die Vorstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier sei als Kontrapunkt an den herausragenden britischen Ökonomen Sir John Maynard Keynes erinnert, der mit seinem 1919 veröffentlichten Buch «Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages» von Versailles für das verhasste Deutschland als Brite Partei ergriff und eindringlich vor einer wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands mit den auferlegten Reparationszahlungen warnte. «Keynes prophezeite nichts weniger als einen langen Bürgerkrieg zwischen den Kräften der Reaktion und den verzweifelten Zuckungen der Revolution,» schreibt die Historikerin Dorothea Hauser, «vor dem die Schrecken des vergangenen Deutschen Krieges verblassen werden und der, gleichgültig wer Sieger ist, die Zivilisation und den Fortschritt unserer Generation zerstören wird.» Der Zweite Weltkrieg war dann der bittere Beweis für Keynes' Prophezeiung.

Wo ist der «Landeplatz»?

Herbert Wehner (SPD) hat CDU/CSU-Abgeordneten im Bundestag einmal hinterhergerufen, als diese das Parlament auf eine Äusserung von ihm verliessen, «Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen». Wie bitteschön will man hier aber noch wieder «reinkommen», wenn US-Präsident Joe Biden vor der Weltöffentlichkeit Wladimir Putin einen «Verbrecher» nennt? Wo ist da noch ein «Landeplatz», ein Exit, für beide Seiten? Mit Putin gäbe es keinen Neuanfang mehr, sagen dann ganz «Schlaue». Dann müssen wir also warten, bis Putin gestorben ist, um mit seinem Nachfolger und Russland was zu verhandeln und den Krieg zu beenden? Oskar Lafontaine hat recht, wenn er sagt, auch nach Putin wird es Russland geben.

Die Welt kann hier aber nicht warten. Wir brauchen sofort eine Lösung und die kann nur lauten, der Krieg muss umgehend durch einen Waffenstillstand unterbrochen werden und er ist dann am Verhandlungstisch zwischen Russland und der Ukraine zu beenden. Dazu müssen beide Seiten eine Lösung finden, mit der man leben kann und keiner sein Gesicht verliert. Das kann nur bedeuten, beide Seiten werden was geben und erhalten müssen. Das Zauberwort heisst Kompromiss. Als Vermittler sollte UN-Generalsekretär Antonio Guterres mit am Verhandlungstisch sitzen, vielleicht auch der Papst und der russische Patriarch Kyrill. Weitere Waffenlieferungen dagegen, wie von der Ukraine vehement gefordert, widersprechen dagegen einer notwendigen Friedensinitiative und sind hochgradig kontraproduktiv.

Der ehemalige US-amerikanische Aussenminister Henry Kissinger hat einen, aber mehr einseitigen Vorschlag gemacht. Die Ukraine müsse Territorium an Russland abtreten, damit ein Friedensschluss möglich werde. Überhaupt warnte er vor einer demütigenden Niederlage Russlands, die Europas Stabilität auf lange Zeit gefährden würde. Ähnlich äusserte sich auch Macron. Ohne für die Gebietsabtretungen an Russland aber Sicherheitsgarantien von Russland bezüglich eines weiteren kriegesähnlichen Überfalls zu erhalten, darauf wird sich die Ukraine natürlich nicht einlassen können. Es wird deshalb ganz schwierig werden, damit es nicht zu einem weltweiten Gau kommt. Wenn man gläubig ist, kann man wohl nur noch beten oder mit Albert Einstein konstatieren: «Ich bin [mir] nicht sicher, mit welchen Waffen der Dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im Vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen.»

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=85040>

Die Schattenregierung

von Chris Hedges Dienstag, 24. September 2019, 16:00 Uhr

In den USA gibt es neben der sichtbaren noch eine unsichtbare Regierung, die aus anonymen Technokraten, Geheimdienstlern, Generälen, Bankern, Unternehmern und Lobbyisten besteht.



Foto: Chayantorn Tongmorn/Shutterstock.com

Die Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich fest im Griff einer unsichtbaren Regierung, angeführt von den Geheimdiensten des Landes. Chris Hedges zeichnet anhand von Ausschnitten aus dem neuen Buch des Journalisten Stephen Kinzer nach, welche historischen und aktuellen Verbrechen die CIA begangen hat und welche Auswirkungen diese auf die USA und die ganze Welt haben.

In den Vereinigten Staaten gibt es zwei Arten von Regierung: Da ist einerseits die sichtbare Regierung – das Weisse Haus, der Kongress, die Gerichte, die Staatsparlamente und die Gouverneure – und andererseits die unsichtbare Regierung beziehungsweise der tiefe Staat, in dem anonyme Technokraten, Geheimdienstler, Generäle, Banker, Unternehmer und Lobbyisten die Innen- und Aussenpolitik steuern, unabhängig davon, welche politische Partei an der Macht ist.

Die mächtigsten und wichtigsten Organe der unsichtbaren Regierung sind die aufgeblähten und nicht rechenschaftspflichtigen Geheimdienste der Nation. Sie sind ihre Vorhut; Überwachen eine riesige Schat-

tenwelt und haben die Aufgabe, die Machtposition der unsichtbaren Regierung aufrechtzuerhalten; Spionieren einheimische und ausländische Kritiker aus und beschmutzen ihre Namen, manipulieren Wahlen, bestechen, erpressen, foltern, ermorden und überfluten die Medien mit «schwarzer Propaganda»; Sind immun gegen das Chaos und das menschliche Leid, das sie hinterlassen. Die unsichtbare Regierung hat demokratisch gewählte Regierungen im Iran, Guatemala und Chile gestürzt sowie die Kriege in Vietnam, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien vorangetrieben.

Daraus entstanden Katastrophen, soziale Unruhen, wirtschaftliche Zusammenbrüche, massives Elend, Tod und ein fanatischer anti-amerikanischer Widerstand. Die Vereinigten Staaten und der Rest der Welt wären weitaus sicherer, wenn unsere selbsternannten Schattenkrieger, die die iranische Revolution, den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Anschläge vom 11. September 2001 nicht vorausgesehen haben, von dem Nichtvorhandensein irakischer Massenvernichtungswaffen scheinbar nichts wussten und deren umfassender Einsatz von Folter sie zu den effizientesten Anwerbern für radikalen Dschihadismus macht, gegenüber der Öffentlichkeit und der Rechtsstaatlichkeit verantwortlich gemacht werden würden.

Ab und zu erhascht man einen Blick auf die moralische Verwahrlosung und Untauglichkeit, von der die Schattenwelt der USA geprägt ist. So zum Beispiel während der von Senator Frank Church geleiteten Untersuchungen der Aktivitäten von US-Geheimdiensten in den 1970er Jahren oder durch geleakte Fotos von gefolterten Menschen im Abu-Ghraib-Gefängnis im Irak. Doch diejenigen, die versuchen, die perniziösen inneren Abläufe offenzulegen oder sich ihnen zu widersetzen, werden in der Regel diskreditiert, verfolgt, zum Schweigen gebracht und manchmal sogar «verschwunden». So auch Edward Snowden und Julian Assange. Die unsichtbare Regierung erachtet ihre Heimlichtuerei und ihr kriminelles Verhalten als notwendig angesichts scheinbarer existenzieller Bedrohungen, die zuerst vom Kommunismus und dann vom islamistischen Terrorismus ausgingen. Das Ziel rechtfertigt immer die Mittel. Alles – egal wie unmoralisch oder kriminell – ist erlaubt.

Die besten Einblicke in diese Schattenwelt erlangen wir durch historische Darstellungen über ihre Verbrechen. So schreibt Stephen Kinzer in seinem neuen Buch «Poisoner in Chief: Sidney Gottlieb and the CIA Search for Mind Control» beispielsweise, dass die von der CIA nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten «Black Sites» und Foltertechniken ein unverzichtbares Glied in dieser düsteren Kette waren.

Die Nazis führten während des Zweiten Weltkriegs in den Konzentrationslagern medizinische Experimente durch. Dasselbe taten die Japaner in der besetzten chinesischen Region Mandschurei. Dies löste nach Ende des Krieges zwei gegensätzliche Reaktionen aus: Einige Mitglieder der sichtbaren Regierung wollten die Kriegsverbrecher zur Verantwortung ziehen, doch viele Anhänger der unsichtbaren Regierung waren dafür, die Ergebnisse der Experimente auszuwerten und die Kriegsverbrecher, die sie durchgeführt hatten, für die US-Geheimdienste und das Militär anzuwerben.

Die Vorgeschichten der Nazi-Wissenschaftler, die chemische und biologische Kriegsführungsprojekte geleitet hatten und Tausende von hilflosen Opfern, darunter auch Kinder, mit Substanzen wie Sarin ermordet hatten, wurden von der unsichtbaren Regierung im Rahmen der so genannten Operation Paperclip bereinigt. Die USA waren sich nicht zu schade, selbst die grausamsten und sadistischsten Kriminellen aufzunehmen und sich zu Nutze zu machen, darunter auch Kurt Blome, der während des Nationalsozialismus die Erforschung der biologischen Kriegsführung leitete.

«Wann immer sich herausstellte, dass es in der Vergangenheit eines Wissenschaftlers, den sie haben wollten, einen Schandfleck gab, schrieben sie seine Lebensgeschichte um», berichtet Kinzer. «Sie löschten systematisch Hinweise auf eine Zugehörigkeit zur SS, eine Zusammenarbeit mit der Gestapo, den Missbrauch von Zwangsarbeitern und die Durchführung von Menschenversuchen. Bewerber, die als «glühende Nazis» eingestuft worden waren, erhielten die neue Kategorie «kein glühender Nazi». Man fügte Verweise auf ihr exemplarisches Familienleben hinzu. Sobald die Vergangenheit der Kriegsverbrecher auf diese Weise «reingewaschen» war, stellten sie geeignete Kandidaten für einen Paperclip-Vertrag dar.»

Shiro Ishii, der im Auftrag der japanischen Regierung zwischen 1936 und 1942 nicht weniger als 12'000 gefangengenommene chinesische Soldaten, antijapanische Partisanen, Koreaner, Mongolen, Gefangene, geistig Kranke und – einigen Berichten zufolge – US-amerikanische Kriegsgefangene durch medizinische Experimente ermordete, war für die unsichtbare Regierung eine besonders wertvolle Trophäe.

Ishii war Leiter eines 120 Quadratkilometer grossen Komplexes mit dem Namen Einheit 731, in dem 3000 Wissenschaftler und andere Angestellte untergebracht waren. Kinzer beschreibt, welchen Foltermethoden an den Opfern dieses Vernichtungslabors erprobt wurden:

Sie wurden Giftgas ausgesetzt, damit später die Lungen entfernt und untersucht werden konnten; mithilfe von Elektrizität langsam geröstet, um die für das Eintreten des Todes notwendige Spannung zu bestimmen; Sie wurden kopfüber aufgehängt, um den Verlauf eines natürlichen Erstickungsprozesses zu analysieren; in Hochdruckkammern eingesperrt, bis ihre Augen aus den Höhlen sprangen; in Zentrifugen geschleudert; mit Milzbrand, Syphilis, Pest, Cholera und anderen Krankheiten infiziert; zur Bereitstellung von Säuglingen für die Vivisektion gewaltsam geschwängert; zum Testen von Flammenwerfern an Pfähle gebunden und verbrannt; und langsam eingefroren, um den Verlauf der Hypothermie zu beobachten.

Den Opfern wurde Luft in die Venen injiziert, um Embolien auszulösen; ihnen wurde Tierblut eingespritzt, um zu sehen, welche Wirkung das haben würde. Einige wurden lebendig seziiert oder es wurden Körperteile amputiert, damit die Wissenschaftler den langsamen Tod durch Blutungen und Wundbrand nachvollziehen konnten. Laut einem Bericht des US-Militärs, der später deklassiert wurde, fesselte man Gruppen von Männern, Frauen und Kindern mit entblösten Beinen und Gesässtücken an Pfähle und setzte sie Splittern von Milzbrandbomben aus, die man in einiger Entfernung explodieren liess. Anschliessend beobachteten die Forscher, wie lange die Opfer überlebten – was nie länger als eine Woche war. Ishii benötigte einen konstanten Nachschub an menschlichen Organen, es bestand also ein ständiger Bedarf an «Holzklötzen», wie die Gefangenen genannt wurden.

Nach jedem Experiment «entnahmen Ishiis Mikrobiologen sorgfältig Gewebeproben und montierten sie für die Untersuchung auf Objektträgern», schreibt Kinzer.

«Ihre Forschungen nutzten die Wissenschaftler dazu, vergiftete Schokolade und Kaugummis sowie Haarclammern und Stifte für das Töten aus der Nähe herzustellen. In riesigen Labors wurden mit Pest infizierte Flöhe gezüchtet und Tonnen von Anthrax hergestellt, die schliesslich in Bombenhülsen eingesetzt und dafür verwendet wurden, Tausende chinesische Zivilisten zu töten.»

Amerikas unsichtbare Regierung unternahm grosse Anstrengungen, um Ishii zu rekrutieren und die umfangreichen Aufzeichnungen und Präparate seiner grausamen Experimente zu erhalten. Diese Art von Experimenten sollte bald darauf im Rahmen des streng geheimen CIA-Forschungsprogramms MK ULTRA nachgeahmt werden – unter Mitarbeit Ishiis und einer Reihe Ex-Nazis.

Kinzers Buch ist um die Person Sidney Gottlieb aufgebaut, einem schwer fassbaren, eigenwilligen und einflussreichen Agenten der CIA, der auf seiner Mission des Erforschens von Techniken der Gedankenkontrolle – er und andere Agenten der CIA waren davon überzeugt, dass die Sowjets diese bereits beherrschten – medizinische Experimente beaufsichtigte, die von seinen deutschen und japanischen Kollegen entwickelt worden waren. Diese Experimente liefen zunächst unter der Bezeichnung Bluebird und später unter dem Codenamen Artischocke – laut Kinzer eines der «gewalttätigsten Projekte, das jemals von einer Behörde der Vereinigten Staaten gefördert wurde».

Viele der Versuchspersonen trugen durch die Folter dauerhafte psychische Schäden davon. Bei den Opfern handelte es sich entweder um willkürlich entführte (später wurde das als «ausserordentliche Überstellung» bezeichnet) und in illegale Gefängnisse ausserhalb des US-amerikanischen Staatsgebietes – sogenannte Black Sites – verfrachtete Personen oder um Insassen sowohl US-amerikanischer als auch ausländischer Gefängnisse.

Zu den zur Teilnahme an den Experimenten gezwungenen Personen zählten beispielsweise verarmte Afroamerikaner aus dem Addiction Research Center in Lexington, Kentucky. Viele der Opfer wurden als «entbehrlich» eingestuft, was bedeutete, dass man sie nach Durchführung der Experimente ermorden und verschwinden lassen konnte. Die Leichen wurden in der Regel verbrannt. Jeder, der machtlos war oder machtlos gemacht werden konnte, war ein potenzielles Opfer. So erhielten geistig beeinträchtigte Kinder an der Walter E. Fernald State School in Massachusetts Müsli, das mit Uran und radioaktivem Kalzium versetzt war. Die dadurch verursachten Krankheiten wurden anschliessend genau überwacht.

Gottlieb beaufsichtigte die Verabreichung von LSD und anderen psychedelischen Drogen im Staatsgefängnis von Alabama und in einer Jugendhaftanstalt in Bordentown, New York. Keine dieser Testpersonen willigte ein, als menschliches Versuchskaninchen zu dienen, und viele von ihnen trugen lebenslange psychische Schäden davon. Dem aus Boston stammenden und in Atlanta inhaftierten Kriminellen James «Whitey» Bolger wurde gesagt, er werde Teil eines Experiments zur Heilung von Schizophrenie sein. Stattdessen wurde ihm darauf 15 Monate lang fast täglich LSD gegeben, ohne dass er davon wusste. Ebenso führten CIA-Wissenschaftler in einem Nebengebäude des Georgetown University Hospital in Washington, D.C. Experimente an todkranken Patienten durch.

Jahrelang suchte Gottlieb nach einem Drogencocktail, der, wie Kinzer schreibt, «Gefangene von ihrer Identität loslösen und sie dazu bringen würde, Geheimnisse zu enthüllen oder sogar gegen ihren Willen zu handeln.» Die Suche war vergeblich. Doch jeder fehlgeschlagene Versuch spornte Gottlieb und die CIA noch mehr an. Sie arbeiteten eng mit dem ehemaligen deutschen General Walter Schreiber zusammen, der im Zweiten Weltkrieg Generalarzt der Wehrmacht war und in dieser Funktion «Experimente in den Konzentrationslagern Auschwitz, Ravensbrück und Dachau genehmigte, bei denen die Gefangenen eingefroren, ihnen Meskalin und andere Drogen injiziert und sie aufgeschnitten wurden, damit die Ausbreitung des Wundbrands in ihren Knochen beobachtet werden konnte». Kinzer fügt hinzu, dass die Experimente nach Aussage eines amerikanischen Forschers «in der Regel zu einem langsamen und qualvollen Tod führten».

Gottlieb hatte die Angewohnheit, heimlich LSD in die Getränke seiner Kollegen zu mischen, um deren Reaktion zu beobachten. Einige erholten sich nie davon. Eines seiner Opfer war Frank Olson, ein CIA-Wissenschaftler, der entsetzt über die brutalen Verhöre war, die er miterlebte, und vorhatte, seinen Dienst bei der CIA zu quittieren. Gottlieb und seine geheime Gruppe von Folterern hatten panische Angst davor, dass Olson an die Öffentlichkeit gehen würde. 1953 wurde Olson tot auf einem Bürgersteig in Manhattan gefunden, nachdem er angeblich durch das Fenster eines Hotels gestürzt war. 1994 liess Olsons Sohn Eric den

Körper seines Vaters exhumieren und übergab ihn James Starrs, einem Gerichtsmediziner an der George Washington University im Regierungsbezirk Columbia. «Starrs fand keine Glasscherben an Kopf und Hals des Opfers, was man nach einem Sturz durch ein Fenster eigentlich erwarten würde», schreibt Kinzer. «Das merkwürdigste ist, dass Olsons Schädel über dem linken Auge deformiert war, obwohl er angeblich auf dem Rücken landete.»

«Ich stelle die Vermutung an, dass dieses Hämatom ein Beweis dafür ist, dass Dr. Olson möglicherweise vor seinem Sturz durch das Fenster von Raum 1018A von einer Person oder einem Gegenstand einen kräftigen Schlag auf den Kopf erhalten hat», so die Schlussfolgerung Starrs.

Später drückte sich der Gerichtsmediziner deutlicher aus: «Ich glaube, dass Olson heimtückisch und vorsätzlich aus dem Fenster gestossen wurde.»

Gottlieb beaufsichtigte ausserdem die Herstellung einer Reihe von Giften, die an gegenüber den USA «feindselig» eingestellten Führungspersönlichkeiten und anderen Personen eingesetzt werden sollten, darunter Patrice Lumumba und Fidel Castro. Der «Schwarze Hexer», wie Gottlieb genannt wurde, und sein Team verfolgten bizarre Pläne und forschten beispielsweise nach einer Chemikalie, die Castros Bart ausfallen lassen würde, sodass der kubanische Staats- und Regierungschef öffentlichem Spott ausgesetzt wäre und gestürzt würde.

Des Weiteren experimentierte die CIA zu Zwecken der Bewusstseinskontrolle mit der Implantation von Elektroden im Gehirn. Kinzer zitiert aus einem Untersuchungsbericht über die amerikanischen Geheimdienste Folgendes:

«Im Juli 1968 flog ein Team der CIA nach Saigon; darunter befanden sich ein Neurochirurg und ein Neurologe (...). In einem abgetrennten Bereich des Bien Hoa-Gefängnisses machte sich das Team an die Arbeit. Aus der dortigen Krankenstation waren drei Vietcong-Gefangene ausgewählt worden. Anhand welcher Kriterien oder weshalb sie ausgewählt wurden, ist nicht bekannt. Die Patienten wurden nacheinander unter Narkose gesetzt. Anschliessend öffnete der Neurochirurg die Schädel und pflanzte winzige Elektroden in alle drei Gehirne ein. Als die Gefangenen wieder zu Bewusstsein kamen, waren die Verhaltensforscher an der Reihe (...)

Die Gefangenen wurden in einen Raum gebracht, jeder von ihnen erhielt ein Messer. Sie versuchten, die Probanden mithilfe der Steuerungstasten der Mobilgeräte zur Gewalt zu bewegen. Nichts passierte. Eine ganze Woche lang versuchten die Ärzte, die Männer dazu zu bringen, aufeinander loszugehen. Verwirrt über ihren Misserfolg flog das Team zurück nach Washington. Im Vorhinein war vereinbart worden, dass die Gefangenen von der Green Beret-Einheit erschossen und ihre Leichen verbrannt werden würden, sollte das Experiment scheitern. So geschah es.»

Das Ausmass der moralischen Verdorbenheit und der Kriminalität derjenigen, die über unbegrenzte Ressourcen verfügen und deren Aktivitäten keiner Aufsicht oder öffentlichen Rechenschaftspflicht unterliegen, sondern von einer absoluten Geheimhaltung profitieren, ist erschütternd. Gottlieb und sein Team lockten in New York City ahnungslose Opfer in eine «sichere Unterkunft» in der Bedford Street und gaben ihnen mit LSD versetzte Getränke. Die Auswirkungen wurden von CIA-Agenten unter der Aufsicht des berühmten George Hunter White genau überwacht.

Kinzer beschreibt, dass White regelmässig illegale Drogen zu sich nahm.

«Einen Teil dessen, was er beschlagnahmte, behielt er immer für sich. Sein Alkoholkonsum – oft eine ganze Flasche Gin während des Abendessens – war legendär. Er hatte ausserdem einen Hang zu Sodomas und High Heel-Fetischismus. Seiner zweiten Frau kaufte er einen ganzen Schrank voll davon. Ihm gefielen Prostituierte, die ihn fesselten und auspeitschten. Eine seiner wenigen emotionalen Bindungen bestand zu seinem Haustier, einem Kanarienvogel. Er liebte es, ihn zu halten und zu streicheln. Als der Vogel starb, war White untröstlich. «Der arme kleine Kerl hat es nicht mehr gemacht», schrieb er in sein Tagebuch. «Ich weiss nicht, ob ich mir jemals wieder einen Vogel oder ein anderes Haustier anschaffen werde. Es ist für alle Beteiligten sehr schlimm, wenn sie sterben.»»

White, der als Drogenfahnder oft Jazzmusiker wie Billie Holiday gejagt und zu Unrecht bezichtigt hatte, wurde später versetzt und arbeitete in einer sicheren Unterkunft, die als CIA-Bordell diente. Kinzer zufolge wollte Gottlieb «systematisch untersuchen, wie Sex, insbesondere in Kombination mit Drogen, Männer zum Reden bringen kann.» Die prostituierten Frauen wurden von der CIA angeheuert, um Kunden in die mit Fotos von gefesselten Frauen in schwarzen Strümpfen und nietenbesetzten Lederhalsbändern dekorierten Schlafzimmer zu locken und ihnen LSD und andere Drogen in die Getränke zu mischen.

«Wenn seine Prostituierten mit ihren Kunden Sex hatten, sah White auf seiner tragbaren Toilette sitzend hinter einem Einwegspiegel zu», so Kinzer. Bei seinen Besuchen in der Unterkunft verlangte Gottlieb von den Frauen, mit ihm Sex zu haben, gerade so, als seien sie Teil seines persönlichen Harems.

White wurde in Marin County ausserhalb von San Francisco ein weiteres sicheres Haus zur Verfügung gestellt. Dort benutzte er die prostituierten Frauen nicht nur dazu, Männern Drogen zu verabreichen, sondern auch, um an ihnen einige Spielereien à la «Der Kleine Horrorladen» zu testen: Stinkbomben, Juck- und Niespulver, Durchfallpillen, mit Drogen versehene Trinkhalme und mit LSD gefüllte Sprühdosen waren nur einige davon.

Nachdem die langwierige Suche nach der Droge zur Gedankenkontrolle aufgegeben wurde, zerstörte die CIA die meisten Aufzeichnungen über die durchgeführten Experimente. White schrieb in einem Brief an Gottlieb, in dem er ihm für die Anstellung bei der CIA dankte, Folgendes:

«Wo sonst könnte ein vollblütiger Amerikaner mit dem Segen des Allmächtigen lügen, töten, betrügen, stehlen, vergewaltigen und plündern? Nicht schlecht, Bruder!»

Das wäre ein weitaus zutreffenderes Motto für die CIA als die Bibelstelle aus Johannes 8:32, die in die Mauern ihres Hauptquartiers in Langley, Virginia eingemeißelt ist:

«Und ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen.»

Letzten Endes kam die CIA zu dem Schluss, dass man den Willen von Gefangenen am besten durch extreme Isolation und sensorischen Entzug brechen kann. Diese Techniken wurden durch CIA-finanzierte Forschungen an der McGill University in Kanada entwickelt und 1964 in einem Handbuch mit dem Titel «KUBARK Counter-Intelligence Interrogation» festgehalten. KUBARK ist das Codewort für CIA. Das 128 Seiten lange Handbuch wurde erst 2014 vollständig deklassiert. In den 1960er Jahren diente es CIA-Agenten unter anderem in Vietnam als Hauptquelle für ihre Verhörmethoden. Dort wurden mindestens 20'000 gefangen genommene Vietnamesen getötet, viele davon wurden zuvor gefoltert.

Eine aktualisierte Ausgabe des Handbuchs erschien 1983 unter dem Titel «Human Resources Exploitation Training Manual». Die darin beschriebenen Foltermethoden – unter anderem Fesseln, Schlafentzug, Elektroschock, sexuelle und körperliche Erniedrigung, anhaltende Inhaftierung auf engem Raum, Desorientierung durch Verhüllen des Gesichts und sensorischer Entzug – wurden nach dem 11. September in den in- und ausländischen «Black Sites» des amerikanischen Geheimdienstes zur Routine. Psychologen der CIA überwachen und perfektionieren diese Techniken – wie früher Gottliebs Horde wahnsinniger Wissenschaftler und Folterer –, um den vollständigen psychologischen Zusammenbruch der Opfer und eine kindhafte Abhängigkeit vom Vernehmer zu gewährleisten.

Es wäre naiv, davon auszugehen, dass das Verhalten Gottliebs und der CIA der Vergangenheit angehört, zumal die unsichtbare Regierung die Aktivitäten der Geheimdienste einmal mehr der Kongressaufsicht entzieht und vor der Öffentlichkeit verbirgt sowie eine Befürworterin der Folter, Gina Haspel, als Direktorin der CIA eingesetzt hat.

Wenn ein Geheimdienst zur Folter greift, hat er versagt. Wenn er sich auf Sadisten und Schläger verlässt, hat er versagt. Wenn er sich menschlicher Wesen – einschliesslich seiner eigenen Bürger – als Spielfiguren bedient, mit denen man experimentieren und die man ermorden kann, hat er versagt. Wenn er schmutzige Tricks verwendet, Waffen im Milliardenwert für abtrünnige Milizen und islamistische Radikale bereitstellt, Regierungen stürzt und Führungspersönlichkeiten ermordet und dadurch unvorhergesehene Katastrophen und Chaos hinterlässt, dann hat er versagt.

Die Informationsgewinnung ist – genau wie die investigative Berichterstattung – ein Prozess, der immense Geduld erfordert. Man benötigt vertrauenswürdige Quellen, die über lange Zeiträume hinweg gepflegt werden, sowie kulturelle, historische und sprachliche Kompetenzen, die man in jahrelangem Studium trainiert. Diese Arbeit sollte kein Sommercamp für Freaks sein, die sich an menschlicher Erniedrigung, schmutzigen Tricks und Mord ergötzen. Jeder Staat braucht gute Geheimdienstagenten – nicht solche Witzbolde, Gangster, Sadisten und Mörder, wie die CIA sie hat und die uns im Namen der nationalen Sicherheit so viel Leid zufügen.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel «Our Invisible Government». Er wurde von Nadine Müller aus dem ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrektorteam lektoriert.



Chris Hedges

Chris Hedges ist Journalist, Pulitzer-Preisträger und Autor der New York Times-Bestsellerliste. Er war früher Professor an der Princeton Universität, Aktivist und ordiniertes presbyterianischer Pastor. Unter seinen Büchern befinden sich Bestseller wie «Der Lohn des Aufstands: Der moralische Imperativ der Revolte», «Das Reich der Illusion: Das Ende der Bildung und der Triumph des Spektakels» und «Amerikanische Faschisten: Die christliche Rechte und der Krieg mit Amerika». Sein Buch «Krieg ist eine Kraft, die uns Bedeutung verleiht» wurde 40'000 Mal verkauft und war Finalist des Nationalen Preises des Buchkritiker-Verbandes für Sachliteratur. Er schreibt eine wöchentlich erscheinende Kolumne für das Internet-Magazin Truthdig und moderiert die Sendung «On Contact» bei RT America.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/die-schattenregierung>

SPEERSPITZE GEGEN RUSSLAND

Die Kinder der von der Leyen an die Front. Autor: Uli Gellermann. Datum: 21.06.2022

Neulich bei Anne Will: Ursula «Stahlhelm» von der Leyen trat erneut vehement für die EU-Mitgliedschaft der Ukraine ein: Das sei eine «historische Entscheidung», sagte die Scharfmacherin. Da die EU seit dem Lissabon-Vertrag auch ein Militärbündnis ist, würde eine ukrainische EU-Mitgliedschaft den Krieg verschärfen. Das findet die von der Leyen offensichtlich gut. Schon in ihrer Amtszeit als Verteidigungsministerin stieg der Rüstungsetat um rund ein Drittel von anfangs 32 Milliarden auf zuletzt etwa 43 Milliarden Euro. Und was macht mehr Umsatz als ein schöner Krieg?

Von der Leyen korrupt

Schon als die von der Leyen 2015 in Vilnius war, sagte sie der litauischen Regierung die Lieferung schwerer Artilleriegeschütze fest zu. Sie sollten aus den Beständen der Bundeswehr für etwa 15 Millionen Euro verkauft werden. Ob die Dame eine Umsatzbeteiligung bekommt? Dass sie korrupt ist, steht spätestens seit dem September 2018 fest, seit ein «Insider aus dem Umfeld ihres Hauses» eine Strafanzeige gegen von der Leyen erstattete. Nicht zuletzt deshalb tagte vom Januar 2019 bis Februar 2020 ein Untersuchungsausschuss, der die Rechtmässigkeit von Auftragsvergaben an externe Berater der Bundeswehr durch von der Leyen untersuchte.

Beweis-Vernichtung

Damit nur ja keine Beweise zu finden wären, wurden in der von der Leyen-Umgebung relevante Handydaten gelöscht, Akten geschwärzt und Dateien vernichtet. Bei beiden von der damaligen Ministerin genutzten Mobiltelefonen wurden Textnachrichten entfernt. Die Staatsanwaltschaft, die von der Löschaktion und der Aktenvernichtung wusste und weiss, hat bis heute keine Verfahren eingeleitet, obwohl die «Verfahrensvereitelung» bis zu fünf Jahre Knast kosten könnte. Wenn also eine offenkundig korrupte Ministerin von der Staatsanwaltschaft nicht zur Rechenschaft gezogen wird, was mag dann der zuständige Staatsanwalt für eine Rechtsauffassung haben?

Handelskrieg gegen Russland

Nach der Gipfeltagung der EU-Staats- und Regierungschefs freute sich die Dame «jetzt dürfte der Rat nun in der Lage sein, ein Verbot für fast 90 Prozent aller russischen Öleinfuhren bis Ende des Jahres auf den Weg zu bringen.» Denn sie will auch den Handelskrieg gegen Russland gewinnen. Es geht um die Unterwerfung der EU unter die US-NATO. Mit Russland würden die westeuropäischen Nationen den einzigen Partner verlieren, der ihnen eine gewisse Unabhängigkeit von den USA, eine Form relativer Selbstständigkeit, sichern könnte.

Doktor-Plagiat: «Besonders gefährlich»

Im Plagiatsverfahren gegen den Dokortitel der von der Leyen wurde vor allem kritisiert, «dass es gerade bei der medizinischen Arbeit von der Leyens besonders gefährlich sei, dass sie 23 Fehlverweise enthalte». Die gefährliche Frau hält sich aber für kompetent, über Leben und Tod zu entscheiden, wenn sie zur weiteren Zuspitzung des Ukrainekriegs beiträgt. Leute wie von der Leyen sollten ihre Kinder an die Ukraine-Front schicken: Wenn dann die ersten Todesanzeigen ins Haus trudeln, könnte bei denen das Denken beginnen.
Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/speerspitze-gegen-russland>

Der EU-Beitrittsplan der Ukraine ist eine Selbstmordpille für die verzweifelte EU – Gibt es eine versteckte Agenda?

uncut-news.ch, Juni 21, 2022

Von Martin Jay: Er ist ein preisgekrönter britischer Journalist mit Sitz in Marokko, wo er als Korrespondent für The Daily Mail (UK) arbeitet und zuvor für CNN und Euronews über den Arabischen Frühling berichtete. Von 2012 bis 2019 lebte er in Beirut, wo er für eine Reihe internationaler Medientitel wie BBC, Al Jazeera, RT und DW arbeitete und als freier Mitarbeiter für die britische Daily Mail, die Sunday Times und TRT World berichtete. Im Laufe seiner Karriere hat er in fast 50 Ländern Afrikas, des Nahen Ostens und Europas für eine Vielzahl grosser Medientitel gearbeitet. Er hat in Marokko, Belgien, Kenia und im Libanon gelebt und gearbeitet.

Wird es die EU überhaupt noch geben, wenn die Ukraine die strengen Kriterien für einen Beitritt zum Brüsseler Klub erfüllt?



Auf Drängen Macrons werden in Brüssel bald die ersten Schritte der Ukraine zum EU-Beitritt eingeleitet. Aber wird es die EU überhaupt noch geben, wenn die Ukraine die strengen Kriterien für den Beitritt zum Brüsseler Klub erfüllt?

Es könnte ein Jahrzehnt dauern, bis die Ukraine dem EU-Club beitrifft, aber Macron und andere sind zuversichtlich, dass die Ukraine vor der entscheidenden Abstimmung aller 27 Mitgliedstaaten in Brüssel EU-Mitglied wird. In Wirklichkeit wird der grandiose, wenn nicht gar verzweifelte Vorstoss des französischen Präsidenten nicht durchkommen, da mindestens drei Mitgliedstaaten bereits erklärt haben, dass sie ihn nicht unterstützen werden. Aber was steckt wirklich hinter diesem etwas banalen Plan, die Ukraine zum Mitglied der Europäischen Union zu machen? Gibt es eine versteckte Agenda?

Nun, natürlich gibt es die. Es geht einfach darum, dass Macron im Jahr 2028 die EU leiten soll. In diesem Jahr werden in Brüssel zwei Spitzenposten frei – der des Präsidenten der Europäischen Kommission und der des Chefs des Europäischen Ministerrats – und er ist eine offensichtliche Wahl für einen dieser Posten. Macrons Traum ist es, dass Frankreich bis dahin eine führende Rolle – wenn nicht sogar die führende Rolle – innerhalb der EU einnimmt und dass die sogenannte «Aussenpolitik» des Blocks mehr oder weniger von ihm und seinem Team geführt wird. Worin besteht also die Verbindung?

Kurz gesagt: Föderalisten wie Macron träumen von einer EU, die über sich hinauswächst. Trotz des Vertrags von Maastricht von 1992 und des Vertrags von Lissabon von 2007 haben die Bemühungen der EU, mehr Macht von den Mitgliedsstaaten auf Brüssel zu übertragen, in der Praxis nicht viel gebracht. Auf dem Papier hat die EU ein beträchtliches Mass an Einfluss auf dem internationalen Parkett, wenn es um friedenserhaltende und humanitäre Massnahmen geht. Sie wissen, was das bedeutet.

Aber in der Praxis ist es so, dass immer dann, wenn die EU etwas Grosses vorantreiben will, die Mitgliedsstaaten selbst im letzten Moment den Knopf nicht drücken und den Schritt blockieren. Das erklärt, warum Macron nur ein paar Wochen nach Beginn des Ukraine-Kriegs Putin persönlich besucht hat, während der oberste EU-Diplo-Mann, Josep Borrell, nach Washington gereist ist, um eine gemeinsame Pressekonferenz mit seinem linksgerichteten US-Präsidenten abzuhalten. Das sagt alles, was man über die wirkliche Macht der EU auf der internationalen Bühne wissen muss. Der oberste Aussenpolitiker der EU ist nicht nach Moskau gereist, weil Putin ihn dort wahrscheinlich nicht empfangen hätte, denn, um ehrlich zu sein, hat Borrell nicht viel zu sagen und keine wirkliche Macht, etwas zu tun.

Aber all das könnte sich ändern, wenn Macron eine Handvoll Staats- und Regierungschefs der EU – und sogar einige, die nicht zur EU gehören, wie das Vereinigte Königreich und die Türkei – davon überzeugen könnte, seinen neuen kühnen Plan eines Sicherheitspakts zu unterzeichnen, der mehr oder weniger ein EU-Unternehmen wäre, aber von ihm geleitet würde und dessen Kernstück sicherlich eine EU-Armee wäre. Föderalistisch gesinnte Staatsoberhäupter wie Macron sind der festen Überzeugung, dass ein gescheitertes Projekt wie die EU nicht durch ein beeindruckendes Regierungsmodell an der Wahlurne mehr Macht erlangen kann. Oh nein. Sie glauben, dass die einzige Möglichkeit, mehr Macht zu erlangen, darin besteht, sie sich zu nehmen. Und das ist der Kern dessen, worum es der ganzen EU-Armee geht. Mehr Macht zu erlangen, als relevanter wahrgenommen zu werden, die Titelseiten der Zeitungen zu dominieren – vor allem derjenigen, die man ohnehin in der Tasche hat, wie die FT und der Economist – und sich wie ein echter Akteur, ein Herausforderer zu verhalten.

Was ist daran falsch? Eigentlich eine ganze Menge. Die EU hat keinerlei Erfahrung in einer solchen Rolle, und es wäre sehr riskant für sie, sich als Supermacht aufzuspielen, vor allem, wenn sie so unfallanfällig ist und wahrscheinlich auf eine Reihe von Hindernissen stösst, wenn sie sich in internationale Konflikte einmischt, um ihre fast schon sexuelle Faszination für den Krieg zu stillen. Sollte es angesichts der Erfolgsbilanz des Euro, des Brexit, des Covid und einer Reihe anderer gescheiterter Politiken wirklich erlaubt sein, eine Armee zu haben, die Macron befiehlt und an Orte schickt, um Frankreichs, äh, Entschuldigung, die Interessen der EU zu fördern? Das wäre natürlich absoluter Wahnsinn und könnte zu einem Weltkrieg führen, wenn eine dieser Operationen nach hinten losgeht.

Und hier kommt die Ukraine ins Spiel. Die bisherige Politik des Westens ist nicht durchdacht und kann den Aufwand für einen Zermübungskrieg, der ein paar Jahre dauern könnte, nicht tragen. Immer mehr Geld wird für Waffen verschwendet, die Inflation in den EU-Ländern steigt, die Treibstoffkosten verdoppeln sich, während die Volkswirtschaften schrumpfen. Und all das ist eine direkte Folge der Sanktionen gegen Russland. Irgendjemand hatte keine langfristige Planung oder einen Notfallplan. Sollte die EU selbst die Kontrolle darüber übernommen haben, ist davon auszugehen, dass die Überlegungen und Strategien noch weniger durchdacht sind, allerdings in einem viel grösseren Massstab. Aus der Sicht Russlands wäre eine EU-Armee, die eine beträchtliche Grösse hätte und gut ausgerüstet wäre, eine grössere Bedrohung als der heutige Scherbenhaufen, den der Westen mit der Entsendung von Gerätschaften anrichtet, die in Wirklichkeit wahrscheinlich auf dem Schwarzmarkt verkauft werden, was wiederum Putins Militärmaschinerie anheizt. Der Westen verliert nicht nur auf allen Ebenen, sondern auch mit beachtlicher Geschwindigkeit, und es ist nur eine Frage von Monaten, bis die Wählerschaft die Realität ihrer törichten List, Putin anzugreifen, durchschaut, bevor der ganze Schwindel auffliegt. Ironischerweise denkt Macron in grossen Dimensionen. Und er denkt langfristig. Aber die Vorstellung, dass er die EU führt und eine Armee hat, die aus einer ganzen Reihe von EU-Ländern und deren Ausrüstung besteht, sollte Sie nachts wachhalten. Würden Sie Ihren Vierjährigen mit einem Kanister voller Benzin und einer Schachtel Streichhölzer allein im Haus lassen und erwarten, dass Ihr Haus noch steht? Das ist, kurz gesagt, das, worum es bei der Abstimmung über den Beitritt der Ukraine geht. Es ist völliger Wahnsinn.

QUELLE: UKRAINE'S EU ACCESSION PLAN IS A SUICIDE PILL FOR DESPERATE EU

Quelle: <https://uncutnews.ch/der-eu-beitrittsplan-der-ukraine-ist-eine-selbstmordpille-fuer-die-verzweifelte-eu-gibt-es-eine-versteckte-agenda/>

Illustre Fronleichnams-Prozessionen nach Kiew

20. Juni 2022 Peter A. Weber Hintergrund, kurz *krass*, Meinung, Politik 19



Illustre Fronleichnams-Prozession nach Kiew. Der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew spottete und sprach von einem Besuch der «Frösche-, Leberwurst- und Nudelliebhaber» anlässlich des Appells von Macron, Scholz und Draghi bei Selensky: «Der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew hat die Reise von Macron, Scholz und Draghi nach Kiew als nutzlos bezeichnet. Medwedew betonte, dieser Kiew-Besuch werde die Konfliktparteien dem Frieden nicht näherbringen.»

Show-Veranstaltung im Staatszirkus Kiew

Pünktlich zu Fronleichnam wurde die Prozession zum Hof des US-Statthalters Selenskyj fortgesetzt. Zuvor hatten die Präsidenten von Polen, Litauen, Lettland und Estland sowie der britische Premierminister Boris Johnson dem Wallfahrtsort Kiew ihre Referenz erwiesen – einige Tage zuvor auch die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen. Nicht zu vergessen der ZDF-Moderator Christian Siewers, der sich in der Aura Selenskys sonnte. Medwedew meinte voller berechtigter Ironie:

«Ach, wie gern die europäischen Frösche-, Leberwurst- und Nudelliebhaber doch Kiew besuchen. Der Nutzen ist jedoch gleich Null. Sie versprechen wieder den EU-Beitritt, alte Haubitzen, dann kippen sie die Gorilka (Anm. d. Kom.: ukrainischer Wodka) und ab geht's mit dem Zug nach Hause wie vor 100 Jahren. Und alles ist gut. Aber das bringt die Ukraine dem Frieden nicht näher. Und die Zeit wird knapp.»

Zitate RT:

«Der EU-Beitritt der Ukraine sei möglicherweise nicht so «harmlos» wie erwartet, da sich die Union «in einen aggressiven, kriegerischen Akteur verwandelt hat, der Ambitionen weit über den europäischen Kontinent hinaus verfolgt», so der russische Aussenminister Sergei Lawrow. Russland ist ausserdem der Ansicht, dass der Westen mit der Lieferung von Waffen an die Ukraine ein Kriegsverbrechen begehe.»

«Auch der mexikanische Staatschef Andrés Manuel López Obrador kritisierte die westlichen Länder für ihren Umgang mit dem Ukraine-Konflikt und mahnte, dass weitere ausländische Waffenlieferungen nur zu noch mehr Blutvergiessen führen würden. Dies sei unmoralisch, so Obrador. Er forderte zudem, dass «diese Politik nicht länger fortgesetzt werden darf», und betonte, sie werde von «Eliten» und nicht «dem Volk» betrieben.»

Auspacken der Weihnachtsgeschenke



Aber weiter im Text hinsichtlich des Inhaltes der Besprechungen in Kiew und des Auspackens der mitgebrachten Geschenke. Es hörte sich fast an wie Weihnachten. In Kiew hat sich Kanzler Scholz ebenso wie Frankreichs Präsident Macron dafür ausgesprochen, die Ukraine und Moldau zu EU-Beitrittskandidaten zu machen. Präsident Selensky dankte für die Solidarität – und forderte mehr schwere Waffen.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky dankte den vier Staats- und Regierungschefs für ihren Besuch und die Unterstützung seines Landes: «Freunde, wir schätzen es sehr, dass ihr heute bei uns seid, am Vorabend historischer Entscheidungen.»

Die EU-Kommission will an diesem Freitag ihre Empfehlung abgeben, ob die Ukraine den erhofften Status als Beitrittskandidatin erhält.

Aufnahme der Ukraine in den Schoss der EU

Ein Treppenwitz der Geschichte ist die geplante Aufnahme der Ukraine in die EU. Die Ukraine ist nicht nur ein Fass ohne Boden und abbruchreif – auch der Zustand der Demokratie ist dem einer Ruine zu vergleichen. Es handelt sich um einen von korrupten Oligarchen beherrschten autoritären Staat. Da könnte man ebenso gut Turkmenistan oder Aserbeidschan die Mitgliedschaft anbieten.

Welche absurden Kosten mit der Aufnahme der Ukraine verbunden sein werden, kann man nur erahnen. Wenn man dann noch berücksichtigt, wie sehr sich die EU und ihr wirtschaftlich stärkstes Land Deutschland selbst schwächt, verschuldet und auf dem Zahnfleisch geht, dann sollten Bedenken über die Richtigkeit der Entscheidung aufkommen:

Verschleuderung von hunderten von Milliarden für Aufrüstung, die in den Kassen von Konzernen verschwinden,
enorme Inflation, die die Kaufkraft erheblich verringert,
gefährliche Energie-Versorgungsprobleme und
drohende Wirtschafts-Rezession.

Frage: Wo sollen dann unter diesen Voraussetzungen noch die Reserven herkommen, um eine marode Ukraine aufzupäppeln? Wir können froh sein, wenn wir uns selbst über Wasser halten können!

Keine konkreten Zusagen

Scholz versuchte zu laviere und sich mit konkreten Zusagen zurückzuhalten. Er sicherte der Ukraine trotzdem weitere Waffenlieferungen zu, ohne allzu konkret zu werden.

«Wir unterstützen die Ukraine auch mit der Lieferung von Waffen, und wir werden das weiterhin tun, solange die Ukraine unsere Unterstützung benötigt», sagte Scholz nach dem Gespräch mit Selensky in Kiew.

Da kann man nur dagegen halten, dass die Ukraine erst mal ihre Hausaufgaben erledigen muss, bevor sie Mitglied der EU werden kann. Und bevor der Krieg nicht beendet ist und man nicht weiss, wie die neuen Grenzen verlaufen, ist doch die Diskussion darüber ziemlich obsolet!

Selenskys Wunschzettel

Selensky jedoch lässt sich nicht beirren und diktierte den vorgeladenen US-Adlaten mit der ihm eigenen unersättlichen Art seinen Wunschzettel, der umgehend zu verwirklichen sei:

«Wir erwarten neue Lieferungen von vor allem schweren Waffen, moderne Raketenwerfern, Raketenverteidigung und so weiter. Jeder Tag des Aufschubs dieser Entscheidung ermöglicht den russischen Soldaten, Ukrainer zu ermorden.»

Aber die Tatsache, dass die Kiewer Armee und ihre Handlanger seit 2014 im Donbass Zivilisten ermorden, wird nicht erwähnt. Auch nicht, dass der sicherste und schnellste Weg, Menschenleben zu retten, umgehende Friedensverhandlungen sind. Ebenfalls nicht, dass es keinen Weg aus dem Dilemma gibt, als dass Moskau Zugeständnisse gemacht werden. Je länger dieser Zeitpunkt hinausgeschoben wird, um so mehr kann Russland unumstößliche Fakten schaffen und die ukrainischen sowie westlichen Verhandlungspositionen schwächen.

Aber nein. Lernfähigkeit ist wohl nicht die Stärke Selenskys. Als ob es nicht genügend Beweise für die Unwirksamkeit und Eigenschädigung der bisherigen Russland-Sanktionen gäbe, setzte er noch einen drauf. Er präsentierte seinen westlichen untertänigen Dienern eine weitere Liste von nötigen Sanktionen, die Ihre Gnaden zur Vollstreckung ausrief. Einer seiner Berater formulierte dies so:

«Wir müssen den Druck auf den Aggressor erhöhen und an einem siebten Sanktionspaket arbeiten mit einem Gas-Embargo.»

Der «Aggressor» wird sich ins Fäustchen lachen ob dieser Naivität, weil er sich längst andere Käufer besorgt hat, die ihm höhere Preise und Einnahmen gewährleisten wie die Ukraine und der Westen. Die derzeitigen Lieferreduzierungen durch Russland auf der Nordstream1-Pipeline und zusätzliche Lieferschwierigkeiten von US-Frackinggas treffen uns und unsere Wirtschaft hart. Da kann man mal gespannt sein, mit welchen fadenscheinigen Ausreden der Wirtschaftsexperte Habeck nun aufwartet. Ferner, welche neuen Opfer wir auf seinem Altar darbringen dürfen.

Zerstörung der Brücke von Kertsch

Das Tüpfchen auf dem «i» ist die Drohung des ukrainischen Generalmajors Martschenko, die Brücke von Kertsch zu zerstören. Es hat mich sowieso gewundert, warum dieses Thema bisher noch nicht auf der Tagesordnung der Kiew-Krieger stand. Die löbliche Absicht klingt folgendermassen:

«Die Ukraine sollte die Brücke, die die Krim über die Strasse von Kertsch mit dem russischen Festland verbindet, ins Visier nehmen, sobald sie die erforderlichen Waffen vom Westen erhält. Diese Drohung sprach der ukrainische Generalmajor Dmitri Martschenko am Mittwoch in einem Interview mit dem von der US-Regierung finanzierten Nachrichtenportal Krim-Realii aus. Die Webseite ist ein Projekt von Radio Free Europe/Radio Liberty, das zur staatlich finanzierten US Agency for Global Media gehört. Martschenko betonte: «Die Brücke von Kertsch ist absolut unser wichtigstes Ziel.»

Damit meinte er die längste Brücke Europas, die 2018 eröffnet wurde. Der General erklärte sein Vorhaben mit unwiderstehlicher Logik: «Als Hauptweg für die Zufuhr von Reserven müssen wir ihn einfach abschneiden. Sobald dieser Weg abgeschnitten ist, werden sie in Panik geraten. Und glauben Sie mir, diejenigen, die in Simferopol russische Fahnen gehisst haben, werden sich schnell ukrainische Fahnen besorgen und sie stattdessen hissen.»

Na dann: Prost Mahlzeit! Abgesehen davon, dass Russland mittlerweile einen Landkorridor von der Krim bis zum russischen Territorium erkämpft hat und die Krim dadurch keinesfalls von der Versorgung abgeschnitten ist, wäre die Zerstörung der Brücke ein schwerer Fehler. Es dürfte doch dem letzten Zurückgebliebenen klar sein, dass die Antwort Moskaus darauf massive und einschneidende Vergeltungsmassnahmen wären, wie sie bisher in diesem Krieg noch nicht angewandt wurden. Der Eskalation wären dann keinerlei Grenzen mehr gesetzt.

Links:

<https://test.rtde.tech/international/141251-medwedew-spricht-von-besuch-frosche/>

<https://test.rtde.tech/europa/141183-ukraine-droht-mit-zerstoerung-ketsch-bruecke/>

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/scholz-ukraine-eu-beitrittskandidat-101.html>

Quelle: <https://qpress.de/2022/06/20/illustre-fronleichnams-prozessionen-nach-kiew/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrunen>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Runen fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Feinden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrunen> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrunen> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrunen>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm = CHF 3.–
 250x250 mm = CHF 6.–
 300x300 mm = CHF 12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
 Hinterschmidrüti 1225
 8495 Schmidrüti
 Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
 www.figu.org
 Tel. 052 385 13 10
 Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
 Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
 Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
 Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



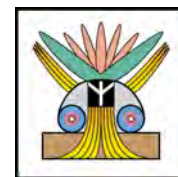
© FIGU 2022
 Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders



angegeben, lizenziert unter :
 www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Schritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
 SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz